

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Der Volksfreund. 1901-1932 1931**

222 (25.9.1931)



# Volkstreu



TAGESZEITUNG FÜR DAS WERKTÄTIGE SOZIALDEMOKRATISCHES KARLSRUHE

Anzeigenpreise Die 10 getheilte Millimeterzeile kostet 12 Pfennig, 6 Zeilen 60 Pfennig, 12 Zeilen 1,20 Mark, 24 Zeilen 2,40 Mark, 36 Zeilen 3,60 Mark, 48 Zeilen 4,80 Mark, 60 Zeilen 6,00 Mark, 72 Zeilen 7,20 Mark, 84 Zeilen 8,40 Mark, 96 Zeilen 9,60 Mark, 108 Zeilen 10,80 Mark, 120 Zeilen 12,00 Mark, 132 Zeilen 13,20 Mark, 144 Zeilen 14,40 Mark, 156 Zeilen 15,60 Mark, 168 Zeilen 16,80 Mark, 180 Zeilen 18,00 Mark, 192 Zeilen 19,20 Mark, 204 Zeilen 20,40 Mark, 216 Zeilen 21,60 Mark, 228 Zeilen 22,80 Mark, 240 Zeilen 24,00 Mark, 252 Zeilen 25,20 Mark, 264 Zeilen 26,40 Mark, 276 Zeilen 27,60 Mark, 288 Zeilen 28,80 Mark, 300 Zeilen 30,00 Mark, 312 Zeilen 31,20 Mark, 324 Zeilen 32,40 Mark, 336 Zeilen 33,60 Mark, 348 Zeilen 34,80 Mark, 360 Zeilen 36,00 Mark, 372 Zeilen 37,20 Mark, 384 Zeilen 38,40 Mark, 396 Zeilen 39,60 Mark, 408 Zeilen 40,80 Mark, 420 Zeilen 42,00 Mark, 432 Zeilen 43,20 Mark, 444 Zeilen 44,40 Mark, 456 Zeilen 45,60 Mark, 468 Zeilen 46,80 Mark, 480 Zeilen 48,00 Mark, 492 Zeilen 49,20 Mark, 504 Zeilen 50,40 Mark, 516 Zeilen 51,60 Mark, 528 Zeilen 52,80 Mark, 540 Zeilen 54,00 Mark, 552 Zeilen 55,20 Mark, 564 Zeilen 56,40 Mark, 576 Zeilen 57,60 Mark, 588 Zeilen 58,80 Mark, 600 Zeilen 60,00 Mark, 612 Zeilen 61,20 Mark, 624 Zeilen 62,40 Mark, 636 Zeilen 63,60 Mark, 648 Zeilen 64,80 Mark, 660 Zeilen 66,00 Mark, 672 Zeilen 67,20 Mark, 684 Zeilen 68,40 Mark, 696 Zeilen 69,60 Mark, 708 Zeilen 70,80 Mark, 720 Zeilen 72,00 Mark, 732 Zeilen 73,20 Mark, 744 Zeilen 74,40 Mark, 756 Zeilen 75,60 Mark, 768 Zeilen 76,80 Mark, 780 Zeilen 78,00 Mark, 792 Zeilen 79,20 Mark, 804 Zeilen 80,40 Mark, 816 Zeilen 81,60 Mark, 828 Zeilen 82,80 Mark, 840 Zeilen 84,00 Mark, 852 Zeilen 85,20 Mark, 864 Zeilen 86,40 Mark, 876 Zeilen 87,60 Mark, 888 Zeilen 88,80 Mark, 900 Zeilen 90,00 Mark, 912 Zeilen 91,20 Mark, 924 Zeilen 92,40 Mark, 936 Zeilen 93,60 Mark, 948 Zeilen 94,80 Mark, 960 Zeilen 96,00 Mark, 972 Zeilen 97,20 Mark, 984 Zeilen 98,40 Mark, 1000 Zeilen 100,00 Mark.

Untere wöchentlichen Beilagen: Heimat und Wanderunterhaltung, Wifen, Kunst / Sozialistisches Junges Die Aufseher / Sport und Spiel / Die Welt der

Preis monatlich 2,50 Mark o. Optr. Zahlung 2,20 Mark o. Durch die Post 2,00 Mark o. Einzelverkauf 10 Pfennig o. Gescheit 6mal wöchentlich 11 Uhr o. Postfach 2850 Karlsruhe o. Geschäftsstelle und Redaktion: Karlsruhe L. 2, Marktstraße 28 o. Jernstr. 2020 und 2021 o. Postfach 2850; Druck: Hauptstraße 9, D. Baden, Jagdbaustraße 12; Anstalt: Rosenstraße 2; Offenbach, Republikstraße 8

Nummer 222 Karlsruhe, Freitag, den 25. September 1931 51. Jahrgang

## Unbegründete Inflationsgerüchte

Umfänglich wird gemeldet: **WTB. Berlin, 24. Sept.** Nach Zeitungsmeldungen stand die heutige Berliner Produktendörse im Zeichen einer außerordentlichen Nervosität, die hervorgerufen wurde durch Gerüchte über die Möglichkeit oder Unmöglichkeit einer Inflation. Diese Gerüchte, die zweifellos nur lanciert wurden, um den Markt stark zu beunruhigen, entbehren jeglicher Begründung. Frühere Erklärungen der Reichsregierung und der Reichsbank lassen klar und deutlich erkennen, daß die mit dem Schutze der deutschen Währung beauftragten Stellen unter keinen Umständen eine erneute Inflation zulassen werden.

## Sehr wichtige Beratungen des Reichskabinetts

**WTB. Berlin, 24. Sept. (Eig. Meldung.)** Wie wir erfahren, hat das Reichskabinetts die eigentlichen Kabinettsberatungen über das Wirtschaftsprogramm begonnen. Gestern abend hat es sich vor allem dem Problem der Hauszinssteuer zuwenden, das immer noch die schwierigste Frage im Rahmen des Wirtschaftsprogramms darstellt. Wie man in unterrichteten Kreisen vermutet, werden die Beratungen schließlich darauf hinauslaufen, daß die beiden Vermögensabgaben, über die man bisher gesprochen hat, zusammengelegt werden, und zwar in der Form, daß eine Entzung und ein allmählicher Wöbau der Hauszinssteuer eintritt und daß außerdem für den Rest eine abhörende Kapitalsteuer vorgesehen wird. Eine Frage, die so schnell wie möglich entschieden werden soll, ist die Kleinrenten. An politischen Kreisen rechnet man damit, daß dem Reichsminister Treutwein heute die Vollmachten des Siebten Kommissars übertragen werden. Im Laufe der nächsten Woche sollen dann bereits die Ausführungsbestimmungen erscheinen, durch die den Städten die für die Inangabe des Werkes erforderlichen Anweisungen erteilt werden. Die Probleme der Arbeitslosigkeit kommen außerdem noch in den Beratungen über die Zusammenlegung von Steuern und Wohlfahrtsfürsorge zur Geltung. Darüber hinaus hat das Kabinetts noch eine Reihe weiterer Fragen zu behandeln. Eine große Rolle spielen die Fragen, die mit der Finanzlage von Reich, Ländern und Gemeinden zusammenhängen. Dazu gehört in erster Linie die Beschränkung der Ausgaben für die Beamten, die Deratung der Sachleistungen und schließlich die Beschleunigung des Staatsabzuges vom 1. April auf den 1. Juli. Endlich ist noch daran zu erinnern, daß Vertreter der Sozialdemokraten in der letzten Zeit verschiedentlich mit den Ressorts über die Bekämpfung der schlimmsten Härten früherer Notverordnungen verhandelt haben. Es ist anzunehmen, daß diese Fragen in der neuen Notverordnung ebenfalls realisiert werden.

## Notverordnung und Verkürzung der Arbeitszeit

Der Reichsrat genehmigte in seiner Vollversammlung am Donnerstag die Durchführungsbestimmungen zur Einschränkung der Arbeitszeit ohne wesentliche Veränderung mit Mehrheit. Die Bestimmungen betreffen auf der in der Notverordnung vom Juni enthaltenen Ermächtigung für die Reichsregierung. Der Berichterstatter wies darauf hin, daß die Verhandlungen der Reichsregierung wegen der Verkürzung der Arbeitszeit in einigen Erwerbszweigen schon zu einem gewissen Grade im Gange sind. Soweit im Wege der Vereinbarung eine Verkürzung nicht zustandekomme, werde die Reichsregierung gezwungen sein, in den Fällen, wo die wirtschaftlichen Verhältnisse es erfordern, von diesem Recht Gebrauch zu machen und zwar im Einklang mit Zustimmung des Reichsrates die Arbeitszeit herabzusetzen. Die Durchführungsbestimmungen regeln sowohl die Verkürzung der regelmäßigen Arbeitszeit unter 48 Stunden, als auch die Genehmigungspflicht für die in Tarifverträgen zugelassene Mehrarbeit über 48 Stunden wöchentlich. Insbesondere wird die Einschränkung der zu erlassenden Einzelverordnungen auf die beim Erlass schon bestehenden Tarifverträge behandelt, und zwar sowohl hinsichtlich der Dauer der Arbeitszeit, als auch hinsichtlich der Höhe der Entlohnung. In letzterer Hinsicht sehen die Durchführungsbestimmungen grundsätzlich eine Verkürzung der Vergütungsansprüche bei verkürzter Arbeitszeit. Nur da, wo in laufenden Tarifverträgen eine günstige Regelung zu Gunsten des Arbeitnehmers schon vorgesehen war, soll daran festgehalten werden.

## Reichsmarkfakturierung der deutschen Uhrenindustrie

**WTB. Freiburg, 24. Sept.** Der Wirtschaftsverband der deutschen Uhrenindustrie hat heute in einer stark besuchten Versammlung beschlossen, angesichts der Beschränkung und der Schwankungen des französischen Pfundfußes Verkäufe nach England nur noch in Reichsmarkwährung auszuführen.

## Frankreich und die Abrüstung

**Genf, 24. Sept.** In der heutigen Sitzung des Abrüstungsausschusses kritisierte der französische Vertreter, Maitland, den italienischen Vorschlag einer Rüstungspause als nicht praktisch. Die Rüstungspause oder Entschärfung, die man vorschlägt, halte den Status 2 nur vorübergehend aufrecht. Er ist also schließlich vor, daß die Vereinbarung sich entweder darauf beschränken solle, einen Wunsch hinsichtlich der Rüstungsmehrung der gegenwärtigen Rüstungen auszusprechen, oder aber den Völkern und erlauben solle, die Regierungen aufzufordern, ihre Vertreter in der Abrüstungskonferenz mit den notwendigen Instruktionen zu versehen.

# Tief bedauerliche Tatsachen

## Zerstörer der Parteeinheit am Werk Die Friedensgesellschaft und acht Reichstagsabgeordnete

**Berlin, 24. Sept. (Eig. Draht.)** Der sozialdemokratische Parteiaussschuß hat am Dienstag dieser Woche gegen eine Stimme beschlossen, daß die Zugehörigkeit zur „Deutschen Friedensgesellschaft“ unvereinbar sei mit der Zugehörigkeit zur Sozialdemokratischen Partei Deutschlands. Gegen zwei Stimmen hat der Parteiaussschuß das gleiche beschlossen für alle diejenigen, die sich an Sonderbestrebungen beteiligen, wie sie durch Gründung und Unterstützung der Freien Verlagsgesellschaft, die als Herausgeberin der Wochenchrift „Fackel“ zehnt, zum Ausdruck kommen. Gegen diesen Beschluß veröffentlichten in der neuesten Nummer der „Fackel“ die Freie Verlagsgesellschaft und die Redaktion eine Erklärung, der sich folgende acht sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete angeschlossen haben: Dettinghaus, Wortune, Dr. Rosenfeld, Dr. Siemsen, Seydewitz, Ströbel, Fiegler und Bergmann (Hamburg). In dieser Erklärung wird behauptet, daß der Beschluß des sozialdemokratischen Parteiaussschusses den Beginn eines Gefühnsstörers und einer Meinungsbitatur bedeutet, dem entgegenzutreten die Unterzeichner als parteigenössliche Pflicht empfinden. Auch die Zugehörigkeit zur Deutschen Friedensgesellschaft könne nicht als parteischädigend deklariert werden. An alle, die mit den Unterzeichnern übereinstimmen, wird die Mahnung gerichtet, ihnen „bei dem schweren Werk zu helfen“. Demgegenüber stellen wir fest: wegen der Vorgänge der Friedensgesellschaft hat bereits am 9. September der sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete Dietrich (Züringen) seinen Austritt aus der Friedensgesellschaft mit folgender Begründung erklärt:

„Von der deutschen Friedensgesellschaft gehen Verletzungen aus, eine neue sozialistische Partei zu gründen. Die Arbeitsgemeinschaft für Antisozialistische Politik“ die ihre Bekanntmachungen in der Zeitung „Das andere Deutschland“ ist als vorbereitende Stelle für diese Bestrebungen zu betrachten. Die Gründung einer neuen sozialistischen Partei ist eine Schändung der sozialdemokratischen Partei und der Freien Gewerkschaften. Ich bin nach dieser Arbeit der deutschen Friedensgesellschaft nicht mehr in der Lage, Mitglied der deutschen Friedensgesellschaft bleiben zu können. Ich erkläre deshalb hiermit meinen Austritt.“

Nicht wegen der pazifistischen Betätigung der Friedensgesellschaft, sondern wegen der von ihr eingeleiteten Gründung einer neuen sozialistischen Partei, ist die Mitgliedschaft zur deutschen Friedensgesellschaft für unvereinbar mit der Zugehörigkeit zur Sozialdemokratischen Partei erklärt worden. Daher schreibt auch der Chefredakteur der Chemnitzer Volksstimme, Karl Böchel, in seiner Ausgabe vom 23. September:

„Es kann und darf nicht gedeutet werden, daß führende Personen der Friedensgesellschaft die sozialdemokratische Partei nicht nur in Artikeln und Flugblättern angegriffen und herabgesetzt, sondern auch den Versuch gemacht haben, durch die Bildung der „Arbeitsgemeinschaft für Antisozialistische Politik“ eine neue Partei aufzusuchen. Doch diese neue Partei nichts anderes wäre als eine weitere furchtbare Schwächung der Kraft des Proletariats, bedarf für jeden verantwortungsbewußten Sozialdemokraten kaum der Erwähnung.“

Anwahr ist aber in jeder Beziehung auch die Behauptung, daß die Meinungsfreiheit in der Sozialdemokratie unterdrückt werden soll. Daß die Meinungsfreiheit in der Sozialdemokratie in keiner Weise angefaßt wird, beweisen folgende weitere Tatsachen: Der Abgeordnete Seydewitz, der Mitherausgeber der „Fackel“, ist Chefredakteur der sozialdemokratischen Tageszeitung

Zwidauer Volksblatt. Niemand verwehrt ihm, dort jeden Tag seine Meinung zu sagen. Der Klassenkampf, die Halbmonatsschrift der Abgeordneten Seydewitz, Rosenfeld und Ströbel, in der ebenfalls jeder unbehindert seine abweichende Meinung über die Parteitaktik sagen kann, ist in dem Beschluß des Parteiaussschusses ausdrücklich unerwähnt geblieben. Hinter der Herausgabe der „Fackel“, der Freien Verlagsgesellschaft und der Marxistischen Büchergemeinschaft steht nur ein kleiner Teil der mit der gegenwärtigen taktischen Haltung der Sozialdemokratie nicht einverstanden sogenannten Opposition. In der Parteiaussschussung vom Dienstag hat sich der Vorsitzende der Bezirksorganisation von Chemnitz-Zwidau, Böchel, eindeutig von diesen Bestrebungen distanziert. Er erklärte ausdrücklich, er habe sich an diesen Bestrebungen nicht beteiligt, und er stelle die Einheit der Partei über alles.

Daß die Unterzeichner der Erklärung sich aber von der gleichen Absicht zur Erhaltung der Einheit der Partei leiten lassen, muß stark bezweifelt werden. Zum Beweis für diese Auffassung wollen wir für heute nur noch auf zwei Tatsachen hinweisen: Uns liegt ein Rundschreiben der Freien Verlagsgesellschaft vom 22. September vor, in dem mitgeteilt wird, daß man unbedingt an der bisherigen Auffassung festhalte, daß die „Fackel“ weiter herausgegeben werde.

Wenn zwei Tage nach der Sitzung des Parteiaussschusses bereits die Erklärung der Freien Verlagsgesellschaft von acht sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten unterzeichnet worden ist, von denen die meisten außerhalb Berlins wohnen, so kann man daraus wohl auch einen gewissen Rückschluß ziehen, wie sorgsam die jegliche Aktion vorbereitet ist und wie eng die Sonderorganisationsverbindungen bereits gediehen sind.

Bei all dem ist zu berücksichtigen, daß im Jahre 1925 auf dem Heidelberger Parteitag unter der Führung von Seydewitz die Zwidauer Parteioorganisation den vom Parteitag angenommenen Antrag stellte, durch den Sonderkonferenzen und Sonderveranstaltungen jeder Art verboten wurden. Die Meinungsfreiheit ist in der Sozialdemokratie in keiner Weise bedroht. Bedroht ist die Einheit der Partei durch Sonderaktionen und Sondervereinigungen einer kleinen Gruppe, deren Disziplin nicht ausreicht, sich ins ganze einzufügen. Was sich daraus zwangsläufig ergibt, ist zum Schluß der am Dienstag vom Parteiaussschuß der SPD, einstimmig angenommenen Entschärfung eindeutig niedergelegt. Dort heißt es:

„Der Parteiaussschuß fordert den Parteivorstand auf, alles zur Erhaltung der Parteeinheit und zur Bekämpfung der Sonderbestrebungen notwendigen Schritte ungehämmt vorzunehmen!“

Die acht Fraktionsmitglieder, die die Erklärung unterzeichnet haben, deren Befolgung unvermeidlich zur Trennung von der Partei führen muß, gehören zu jenen Neuen, die schon im Reichstage das Schauspiel einer offenen Auflehnung gegen die eigene Fraktion geboten haben. Wie ganz richtig in der Berliner Meldung betont wird, liegen nicht nur Anzeichen, sondern vollgültige Tatsachen vor, daß aus bestimmten Kreisen der Deutschen Friedensgesellschaft heraus an der Zerstörung der sozialdemokratischen Partei gearbeitet wird, und nicht anders ist die Tätigkeit zu bewerten, mit der die erwähnten acht Reichstagsabgeordneten ihre Namen verbünden haben. So schmerzhaft es auch sein mag, so muß u. E. der Parteivorstand tun, was ihm die Sachungen und was ihm die Mahnung der Einheit und Kampffront der Partei vorschreiben.

## Bankkrach in Köln

**Köln, 24. Sept. (Eig. Draht.)** Das große Kölner Bankhaus Deichmann u. Co. hat am Donnerstag wegen Zahlungsunfähigkeit seine Geschäfte geschlossen. Als Gründe werden Kreditentzug, die Unmöglichkeit, größere Debitoren zu machen und die jüngsten Ereignisse in der internationalen Wirtschaft angegeben. Die Vermögensgegenstände der Bank sind überschuldet, seien im Ganzen, aber durch die Wirtschaftskrise erschwert.

## Kürzung der Berliner Magistratsgehälter

**Berlin, 24. Sept.** Nach längerer Debatte wurde heute in der Berliner Stadinerordnetenversammlung ein Antrag auf Kürzung der Magistratsgehälter angenommen. Danach sollen in Zukunft erhalten: Der Oberbürgermeister ein Jahresgehalt von 27.000 RM., bzw. eine nichtverehelichte Ehefrau ein Jahresgehalt von 1000 RM., die Bürgermeister erhalten 22.000 RM. und 3000 RM. Aufwandsentschädigung, die Stadträte im Magistrat sollen 16.000 RM. und die Bezirksbürgermeister die gleiche Summe erhalten. Stadträte im Bezirk sollen mit 8.000 bis 12.000 RM. bedotet werden.

## Rückkehr von Dr. Curtius nach Berlin

**Berlin, 24. Sept.** Reichsaussenminister Dr. Curtius traf heute Mittag 13.43 Uhr von Genf wieder in Berlin ein.

## Handgemenge um Briand in Straßburg

Die Frankf. Ztg. meldet aus Straßburg: Ein bezeichnender politischer Zwischenfall ereignete sich bei der Durchführung der Aktualitäten im Kino am Broglieplatz, dem größten Lichtspielhaus in Straßburg. Auf der Leinwand erschien die Völkervereinigungssammlung: Briand betritt unter dem einmütigen Beifall der Völkervereinigungssammlung, den der Tonfilm registriert, die Tribüne. In diesem Moment erhebt sich im Parterre ein gut gekleideter Besucher mit lautem Protest und manifestiert durch starkes Pfeifen gegen Briand. In seiner nächsten Nähe steht ein zweiter Zuschauer auf und ergreift Partei für Briand. Tumult entsteht, zwischen beiden kommt es zu einem kurzen Handgemenge, das Licht muß eingeschaltet und die Vorführung muß unterbrochen werden. Der Nationalist steht allein gegen das Publikum, das teils gegen den Rubelöhrer, teils gegen den Briandgegner manifestiert. In seiner Umgebung acht man energisch und handgreiflich gegen ihn vor. Zur letzten Zeit erscheint die Polizei, um den Banaliker vor den Angriffen in Schutz zu nehmen. Es folgt Hufe und Schläge ab, während die Polizei sich bemüht, den Rubelöhrer schleunigt zum Saal hinauszudrängen. Während ihn die Polizei an die frische Luft befördert, ruft jemand von der Galerie in den Saal: „Keine Politik im Kino!“ Damit ist die Mehrheit der Besucher einverstanden, der Saal beruhigt sich, und nach dem bewegten politischen Intermezzo wird die Abendvorstellung ohne weitere Störungen zu Ende geführt.



# Wirtschaftskrise noch an Frankreich

Paris, 24. Sept. Das war dieser Tage ein ewiges Kommen und Gehen beim französischen Ministerpräsidenten Pierre Laval und beim Finanzminister Pierre Landon, der in aller Eile von Genf nach Paris zurückgekommen war. Alle großen französischen Finanzfachverständigen wurden in das Kabinett der beiden Minister gerufen, bevor die Regierung darüber einen Beschluß faßte, ob dem Londoner Drängen, die Pariser Börse am 21. September zu schließen, stattgegeben werden sollte. Drei Tage vorher war der erste Geschäftsträger der britischen englischen Botschaft Campbell, die Laval, um Frankreich zu erlösen, das Pfund Sterling durch eine neue Anleihe zu stützen. Die Banque de France war bereit, vier Milliarden Franken (32 Millionen Pfund Sterling) England zur Verfügung zu stellen, aber dies scheiterte daran, daß der erste Geschäftsträger der englischen Botschaft in Washington, der zufällig auch Campbell heißt, mit einem ähnlichen Stützungsantrag in Amerika nicht den gleichen Erfolg hatte.

Frankreich hat schon deshalb ein großes Interesse an der Aufrechterhaltung des Kurses der englischen Währung, weil die Banque de France ein Depot von mehr als 200 Millionen Pfund Sterling im Ausland besitzt, wovon etwa die Hälfte, 12 Milliarden 500 Millionen Franken sich in London befinden. Allein die Entwertung dieses Geldes bedeutet einen ungeheuren Verlust für Frankreich. Eine Entwertung von 10 Prozent kommt einem Verlust von 1250 Millionen Franken gleich.

Man sieht in Frankreich der weiteren Entwicklung der Lage mit größter Sorge entgegen. Die Rückwirkung der englischen Verhältnisse auf Frankreich ist unaussprechlich. Es ist bezeichnend, daß die Aktien der Banque de France am 21. September um 2000 Franken, das heißt, um ein Sechstel ihres Wertes an der Pariser Börse im Kurs gefallen sind.

Die französische Zollverwaltung gibt soeben bekannt, daß die französische Importation in den ersten acht Monaten dieses Jahres die Exportation um acht Milliarden Franken überstieg. Vom Januar bis August 1931 hat Frankreich 37 Millionen 500 000 Franken pro Tag durch den Uberschuß der Einfuhr über die Ausfuhr verloren. Jetzt geht aber noch dem französischen Markt ein großer Teil der englischen Kundenschaft verloren. Dadurch wird sich die wirtschaftliche Lage in Frankreich ungeheuer verschlechtern. Es kommt hinzu, daß England jetzt die Konkurrenz vor allem gegen die französischen Metallwaren- und Textilzeugnisse ernsthaft aufnehmen kann und daß es obendrein die französischen Waren mit Zoll belegen wird. Schon in diesem Jahre kaufte England weniger als im vorigen. In den ersten sechs Monaten kaufte England in Frankreich für etwa 22 Millionen 299 Pfund Sterling gegenüber 29 Millionen 698 Pfund Sterling in den ersten sechs Monaten des Jahres 1930.

Die französische Luxusindustrie leidet schon seit Monaten unangehmer unter der Krise. Noch 1929 kaufte England für 7 Milliarden Franken Luxuswaren in Frankreich. Jetzt geht der sogenannte „Pariser Artikel“ (Goldwaren, Kunstschüler und Lederarbeiten, künstliche Juwelen, Spielwaren und ähnliche Sachen) fast gar nicht mehr. Im Juwelenhandel wurden bisher etwa 70 Proz. der Arbeiter entlassen. Im Goldwarenhandel beschäftigen die meisten Firmen nur noch einige Stunden pro Tag, höchstens drei bis vier. Man schlägt allerhand Mittel zur Wiederbelebung des Marktes vor. Unter anderem ist an eine große Ausstellung französischer Produkte in Nordafrika gedacht. Der sozialistische Kammerabgeordnete Fiancette, der Berichterstatter der Budgetkommission der unter der Arbeitslosigkeit besonders leidenden Stadt Paris im Pariser Rathaus, schlug dies dem Ministerpräsidenten kürzlich in einem längeren Brief in dem er zur Krise Stellung nahm, vor.

Zimmerhin ist Frankreich noch nicht so hart von der Krise betroffen, wie verschiedene andere Länder, weil es zur Hälfte Ackerbau und zur Hälfte Industrie ist, weil die Rationalisation in Frankreich nicht sehr durchgreifend eingeführt wurde und weil Frankreich gemeinsam mit Amerika mehr als zwei Drittel der gesamten Goldreserven der Welt besitzt. Allerdings ist man um das Staatsbudget des nächsten Jahres sehr besorgt. Es wird wahrscheinlich ein Defizit aufweisen. „Das Defizit des Budgets wird das größte Drama des nächsten Jahres werden“, jagte kürzlich Herriot.

## 166 Millionen Steuerhinterziehungen festgestellt

Wie stark das Uebel der Steuerhinterziehungen ist, beweist eine Denkschrift des Reichsfinanzministeriums an den Reichstag, die über die Buch- und Betriebsprüfungen im Jahre 1930 Auskunft gibt. In nicht mehr als 57 693 Fällen mußten mehr Steuern festgesetzt werden. Es handelt sich hier nicht nur um Steuerhinterziehungen. Vielfach ergeben sich, wie das Reichsfinanzministerium bemerkt, abweichende Ansichten in der Bewertung. Auch sind die Buch- und Betriebsprüfungen öfter zugunsten der Steuerpflichtigen verlaufen.

Im einzelnen ergibt sich aus der Denkschrift des Reichsfinanzministeriums folgendes: Insgesamt sind im Jahre 1930 auf Grund der Buch- und Betriebsprüfungen rund 135 Millionen Mark an Reichsteuern und 31 Millionen Mark an Landessteuern mehr festgesetzt worden. Die Geldstrafen betragen insgesamt 3 700 000 Mark. Der größte Teil der Mehrsteuern entfällt auf die Körperschaftsteuer, bei der allein 78 Millionen Mark mehr festgesetzt wurden. Dann folgt die Einkommensteuer mit 62 Millionen. Bei der Vermögenssteuer sind es 12 Millionen, bei der Umsatzsteuer 11 Millionen Mark. Die festgesetzten Geldstrafen in Höhe von 3 Millionen Mark fallen fast ausschließlich auf die Einkommensteuer. Die meisten Fälle, in denen höhere Steuern festgesetzt werden mußten, nämlich 6200 Fälle, sind im Landesfinanzamt Bezirk Berlin zu verzeichnen. Dann folgen Breslau mit 5200 Fällen, Magdeburg mit 4200, Düsseldorf mit 3500, Hannover mit ebenfalls rund 3500 Fällen und Stettin mit 2900 Fällen. In der Höhe der festgesetzten Mehrsteuern markiert ebenfalls Berlin an der Spitze mit rund 37 Millionen. Dann folgen Düsseldorf mit fast 30 Millionen, Münster mit 15 Millionen, Leipzig mit 12 Millionen und Köln mit 11 Millionen. Bei den Landessteuern steht der Landesfinanzamtsbezirk Köln an der Spitze mit 4,5 Millionen Mark Mehrsteuern. Dann folgen Berlin mit 4,2 Millionen, Stuttgart mit 2,2 Millionen und

Karlsruhe mit 2,1 Millionen.

Die meisten Geldstrafen wurden im Landesfinanzamtsbezirk Leipzig verhängt, nämlich 679 000 Mark. Dann folgen Unterweiser mit 603 000 Mark, Dresden mit 448 000 Mark und Stettin mit 256 000 Mark.

Wieviele Millionen mögen da noch fehlen?

# Besuch bringt kein Wunder

## Die deutsch-französischen Zusammenarbeitspläne

Paris, 24. Sept. (Eig. Draht.) Wie der „Intransigeant“ auf Grund von Mitteilungen einer autorisierten Persönlichkeit meldet, sollen Laval und Briand die Absicht haben, in Berlin die Bildung einer oder mehrerer deutsch-französischer Kommissionen vorzuschlagen. Eine Kommission solle ausschließlich die gegenseitigen Beschwerden gemeinsam prüfen und besprechen. Auf diese Weise würden etwaige Mißverständnisse schnell beseitigt werden.

Ein anderer Organismus solle die wirtschaftlichen und finanziellen Kreise Deutschlands und Frankreichs vereinen, aktive Maßnahmen zwischen einflussreichen Persönlichkeiten beider Länder in die Wege leiten und sich zu einem allgemeinen Informationszentrum herausbilden. Auf französischer Seite solle eine interministerielle Kommission geschaffen werden, die zugleich wirtschaftlichen und technischen Charakter habe.

Natürlich werde der Berliner Besuch, so fügt der Informator des „Intransigeant“ hinzu, die Grundlagen des deutsch-französischen Problems nicht von heute auf morgen verändern. Man könne heute nicht mehr auf Wunder rechnen.

## Das Pfund fällt weiter

Paris, 24. Sept. (Eig. Draht.) Während die Tendenz an der Pariser Effektenbörse am Donnerstag ziemlich fest war, machte sich am Devisenmarkt eine neue Abschwächung des Pfunds bemerkbar, die zum Teil auf eine Haufe gewisser Rohstoffpapiere zurückgeführt wird. Das Pfund, das am Mittwoch mit 104 gehandelt wurde, sank mit 99,5 ein, fiel bis zu 97,5 und stieg am Börsenschluß auf 98,5.

Die Presse fordert die französischen Industriellen und die Kaufleute auf, auf das Pfund als internationales Zahlungsmittel zu verzichten und als Basis der Handelsverträge mit dem Ausland den französischen Franken zu wählen. Der spanner Seidenmarkt hat sich bereits für diese Maßnahme entschlossen.

## Englands Nachtragset

London, 24. Sept. Der Nachtragset in Höhe von 20 700 000 Pfd. Sterling ist heute veröffentlicht worden. Von dieser Summe werden 13 700 000 Pfd. für die Arbeitslosen und 7 000 000 Pfd. als weiterer Vorstoß für den Wegebau bestimmt.

## Lohnföhrung auf den britischen Werften

London, 24. Sept. In allen Marinewerften ist ein Anschlag erschienen, der die Einführung einer allgemeinen Lohnföhrung beantragt.

## Der Konflikt in der Mandchurei

### Japans Politik

Tokio, 24. Sept. (Eig. Draht.) Das japanische Kabinett trat am Donnerstag nachmittag zu einer Sitzung zusammen, in der die Antwort auf die Note des Völkerbundes zum mandchurischen Konflikt und eine öffentliche Erklärung zu der gleichen Sache beschlossen werden sollte.

Der japanische Konsul in Chargin hat am Entsendung von „Schutztruppen“ abgelehnt. Ein japanisches Erkundungsflugzeug, das sich auf dem Wege nach Chargin befand, ist von den Chinesen abgegriffen worden. Als Vorkrieg wird gemeldet, daß die Japaner in Mukden einen Oberst verhaftet haben, der für die Hinrichtung eines japanischen Hauptmanns verantwortlich sein soll.

## Inhaltslose Völkerbundserklärung

Genf, 24. Sept. (Eig. Draht.) Die in der Donnerstagsitzung des Völkerbundes mit Spannung erwartete Erklärung des Völkerratspräsidenten über den mandchurischen Konflikt ist völlig inhaltslos. Der Rat, so erklärte er, behandle den Streitfall und hoffe auf eine befriedigende Lösung. Er hoffe, der Versammlung einen Bericht geben zu können, „soweit es die Umstände“ erlauben.

## Amerika fordert Wiederherstellung des Friedens

Der amerikanische Staatssekretär Stimson hat dem Generalsekretär des Völkerbundes eine Mitteilung ausgeben lassen, worin er den Empfang der Benachrichtigung über den Appell des Völkerbundes an die chinesische und japanische Regierung bekräftigt und erklärt, daß die Regierung der Vereinigten Staaten sich in voller Uebereinstimmung mit der Haltung des Völkerbundes, die in dem Ratsebeschlusse zum Ausdruck kommt, befindet, und daß sie an Japan und China in gleichem Geiste gehaltene Noten senden wird.

Der amerikanische Staatssekretär teilte ferner mit, daß er bereits zur Einstellung weiterer Feindseligkeiten und zu einer Ausschaltung weiterer Konfliktschancen bei den beteiligten Regierungen vorstellig geworden sei, und daß er weiterhin ernstlich um die Wiederherstellung des Friedens bemüht sein werde.

Dieses Telegramm wird in Völkerbundskreisen als ein Zeichen dafür angesehen, daß die Vereinigten Staaten an der Behandlung und Erledigung des sinesisch-japanischen Konfliktes aktives Interesse nehmen.

## So gehört mit der Gesellschaft verfahren

Prag, 24. September. (Eig. Draht.) Der frühere Generalstaatsanwalt und jetzige Reichstagsabgeordnete Gajda, wurde am Donnerstag dem höchsten sinesischen Gericht in Peking für unwürdig erklärt, weiterhin Pension als General zu beziehen und ein Abgeordnetenmandat auszuüben.

Gajda hatte im August 1927 in einer Sommerfrische bei Prag einen Ueberfall auf einen hohen Staatsbeamten, der mit dem Studium seiner Unterworfungen betraut war, inszeniert. Mehrere Soldaten brachen damals im Auftrag Gajdas am frühen Morgen in die Wohnung des Beamten ein und bedrohten ihn und seine Frau mit dem Revolver. Mit dem Bemerkten, in Prag sei die Revolution ausgebrochen und Massaker nicht mehr Präsident, forderten sie von dem Beamten die Aushängung eines anstandslos Briefes von Massaker in Sachen Gajda. Die Soldaten mußten aber unermittelter Sache absteigen. Gajda wurde dann im Jahre 1929 wegen dieses Ueberfalles vom Kreisgericht in Prag zu zwei Monaten Kerker verurteilt. Seine Nichtkegelsbeschwerde gegen dieses Urteil wurde dieser Tage vom Obersten Gericht in Peking verworfen, und das Urteil bestätigt. Am Donnerstag ergründete das Oberste Gericht das Urteil dahin, daß Gajda sich einer niedrigen und unehrenhaften Handlung schuldig gemacht habe. Diese Entscheidung hat zur Folge, daß Gajda sowohl seine Pension als General als auch sein Abgeordnetenmandat verliert.

## Die Vereinigten Handelskammern Englands für Hochschulzoll

Der Präsident der Vereinigten Handelskammern, Sir William Lees, erklärte, die Kammer würden mit entschiedener Mehrheit für einen Hochschulzoll eintreten, wenn die Zolltariffrage von den politischen Problemen getrennt werden könnte.

## Sachverständige prüfen die Frage einer Weltzollkonferenz

Ein von der Internationalen Handelskammer eingeleiteter und aus drei Völkerbundmitgliedern bestehender Ausschuss, der den Vorschlag der Einberufung einer Weltzollkonferenz prüfen soll, ist in London zusammengetreten.

## Englischer Dank an Frankreich

Der englische Botschafter in Paris hat Herrn Laval einen Besuch abgestattet. Er hat im Auftrag seiner Regierung der französischen Regierung für den für den Frieden bewirkten Erfolg, durch die Bank von Frankreich England während der Klandestrie Hilfe zu leisten. Die britische Regierung hat besonders das Ansehen eines erneuten langfristigen Kredits hoch zu schätzen gelernt, das durch Herrn Laval am vergangenen Samstag der englischen Regierung mitgeteilt worden ist. Herr Laval hat dem Botschafter die Wünsche seiner Regierung ausgesprochen für eine schnelle Erholung der englischen Währung.

## Frankreichs Wirtschaftsminister optimistisch

Genf, 24. Sept. (Eig. Draht.) In der heutigen Völkerbundversammlung erklärte der französische Wirtschaftsminister: „In der gleichen Stunde, in der ich spreche, schicken sich Laval und Briand an, eine Grenze zu überschreiten, wo sich so viele Leiden abspiegeln haben. Unvorstellbar, ohne Rücksicht auf die Schwierigkeiten, mit ersten und entschlossenem Herzen, werden sie eine große Tat vollbringen, die, wenn die Wälder sie zu erziehen wissen, ein neuer Ausgangspunkt einer wahrhaften Annäherung, einer lokalen, dauerhaften, von der ganzen Welt erwarteten, als eine der dauerhaftesten Grundlagen der Sicherheit und des Friedens.“

## Neuportor Diskont unverändert

Neuport, 24. Sept. Die Neuportor Bundesreservebank ließ auch heute ihren Diskont unverändert mit 1,5 Prozent. Dieser Satz ist seit dem 7. Mai ds. Js. in Geltung.

## Weitere Diskontenerhöhung in Schweden

Stockholm, 24. Sept. Die schwedische Reichsbank hat mit Wirkung vom 25. September den Diskontsatz, der erst am 21. ds. Mts. um 1 Prozent heraufgehoben worden war, um ein weiteres Prozent auf 6 Prozent erhöht.

# Freistaat Baden

## Stahlhelm und Bodenseedampfer

Zu unserer Notiz „Stahlhelm, Luftschiff Zeppelin und Bodenseedampfer“ in der Nr. 204 des Volksfreund vom 4. September teilt die Reichsbahndirektion Karlsruhe mit:

Die Verantwortlichen der Sonderfahrt von Konstanz nach Friedrichshafen und zurück äußerten bei Bestellung der Fahrt den Wunsch, von der Beflagung des Schiffes abzusehen. Die unständliche Bezirkstelle, die die Bestellung der Sonderfahrt genehmigt hat, hat diesem Ansuchen stattgegeben und das Schiff verließ ohne Flaggen den Hafen von Konstanz. Die Reichsbahndirektion billigt diese Anordnung nicht und hat die Bezirkstelle entsprechend unterwiesen.

Wir nehmen gerne davon Kenntnis, daß die Reichsbahndirektion der betreffenden „Bezirkstelle“ in Konstanz das Nötige bedeutet hat und hoffen, daß diese Maßnahme fürderhin ähnliche Vorkommnisse ausschließt.

## Dr. Föhr

### Vorsitzender der bad. Zentrumspartei

Dr. Karlsruhe, 24. Sept. Wie verlautet, gibt der neue Kultusminister Dr. Baumgartner sein Amt als Vorsitzender badischen Zentrumspartei auf. Nachfolger soll der Fraktionschef Föhr werden.

## Das Straßengeleß

Das Gesetz und Verordnungsblatt veröffentlicht in Nr. 57 den Wortlaut des Straßengeleßes in der heute geltenden Fassung. Ferner eine Verordnung des Finanzministers zum Vollzug des Straßengeleßes, die bereits am 10. d. Mts. in Kraft getreten ist. Eine Verordnung des Staatsministeriums bestimmt, daß über die Beitragspflicht der Gemeinden zum Aufwand für Landstraßen die Wasser- und Straßenbaudirektion entscheidet, über die Frage, welcher Verband zur Unterhaltung eines öffentlichen Weges verpflichtet ist, falls das Land an dem Streite beteiligt ist, hat die Wasser- und Straßenbaudirektion zu entscheiden, andernfalls der Landeskommission.

## Rosinenwein verboten

Auf vielfache Einwendungen, die gegen die bekannte Stellungnahme des Reichsministers des Innern wegen der Verwendung von Rosinen zur Brauereibereitung erhoben wurden, hat der Minister des Innern sich nochmals an den Reichsminister mit dem Eruchen um erneute Prüfung dieser Frage gewandt. Hierauf ist vom Reichsminister des Innern folgende Antwort eingegangen:

„Nach § 9 des Weingesetzes ist die Nachabmung von Wein und damit auch die Herstellung von Rosinenwein verboten, da sonst jeder Rosinenwein mit Wein verwechselt werden kann und deshalb als Nachabmung von Wein anzusehen ist. Dieses Verbot gilt für die Nachabmung von Wein ganz allgemein und nicht nur, soweit sie gewerbsmäßig betrieben wird. Eine Ausnahme von dem Verbot steht § 11 des Weingesetzes nur insofern vor, als die Herstellung von Wein nachmachungen aus bestimmten Stoffen zur Verwendung als Braustrunk zugelassen und näher geregelt wird. § 11 des Weingesetzes vom 25. Juli 1930 hat im Gegensatz zu dem alten Gesetz Rosinen (getrocknete Weinbeeren) unter die Ausgenommenen für die Herstellung von Braustrunk nicht aufgenommen. Die Herstellung von Rosinenwein ist daher ausnahmslos verboten, auch soweit es sich um die Verwendung als Braustrunk handelt.“



### Rechts- und Linksradikalismus im Bürgerkrieg-Wetteifer

Die verfolgte Unschuld

Der SPD. schreibt uns:

Die nationalsozialistische Reichstagsfraktion hat einen Kuffast zu der kommenden Reichstagsagung gegeben. Sie hat an den Reichstagskanzler ein Telegramm gerichtet, in dem es u. a. heißt, daß sich die „Mordtaten bewaffneter Marxisten“ gegen wehrlose Nationalsozialisten erschreckend mehren, ohne daß Sühne erfolge.

Die nationalsozialistischen Terroristen spielen die Rolle der verfolgten Unschuld, die unter dem Mordterror der Kommunisten leidet. Das dreifache, verfolgte Telegramm der nationalsozialistischen Reichstagsfraktion entspricht durchaus der Macho der Nazipresse, die täglich mit roten Schlagzeilen in auftrübender Form Schilderungen geben, die „Opfer des roten Marxismus“ überschrieben sind. Derartige Aufzählungen aber findet man auch in der kommunistischen Presse! Die Nationalsozialisten verfolgen die Kommunisten und die Kommunisten die Nationalsozialisten.

Diese gegenseitige Mordhetze ist System. Sie ist gewollt als Erleichterung zum Bürgerkrieg. Die Nationalsozialisten, die die verfolgte Unschuld spielen, verschweigen, daß ebensoviele Opfer des nationalsozialistischen Mordterrors fallen, wie Opfer des kommunistischen Terrors. Sie verschweigen, daß die Pistole, das Messer, der Schlagring und der Gummihüpfel bei ihnen dieselbe Rolle spielen, wie bei den Kommunisten.

Und nicht nur das! Das Reichsbanner wird von den Nationalsozialisten mit terroristischen Methoden verfolgt. Beimütliche bewaffnete Überfälle von nationalsozialistischen Rowdys sind außerordentlich häufig. Herr Reich, der das verlogene Telegramm unterzeichnet hat, sollte seine Partei zunächst verantwortlich für den gemeinen Mord, den nationalsozialistische Burken in den Silberhennrichstraße an zwei Sozialdemokraten in der Hufelandstraße in Berlin verübten.

Das Telegramm war ausgerechnet am Vortage des Abschlußes des Prozesses gegen die nationalsozialistischen Pogromisten vom Kurfürstendam in Berlin erlassen worden. Es ist ein ganz offenkundiger Versuch, durch einen Höhepunkt der Dreistufigkeit abzulenken von dieser Schande der Nationalsozialistischen Partei. Die Strafen, die gegen die Pogromisten ausgesprochen worden sind, wie die Begründung des Urteils zeigen eindeutig das Terrorreiben nationalsozialistischer Führer, sie erfüllen den Pogromcharakter der SA, der Bürgerkriegsorganisation der Nationalsozialisten. Dieses pogromistische Treiben auf dem Kurfürstendam in Berlin hat Deutschland im Ausland sehr schwer geschadet. Die Nationalsozialistische Partei trägt dafür die volle Verantwortung.

Es ist der Geist der Mordhetze und des Terrors, der die sogenannten SA der Nationalsozialisten erfüllt. Dieser Geist wird systematisch in den unreifen jungen Burken gelehrt, die sich der Nationalsozialistischen Partei anschließen. Sie werden zu Schlägergruppen zusammengesetzt und koedert, sie werden auf den Mann dressiert. Die Pistole, der Gummihüpfel, der Schlagring und das Messer sind die einzigen politischen Instrumente, die sie zu handhaben wissen.

Die verfolgte Unschuld entlarvt sich selbst durch den Schlußsatz des Telegramms Reichs an den Reichstagskanzler Brüning, in dem es heißt, daß die Mitglieder der gegenwärtigen Regierung gegebenenfalls zur Verantwortung gezogen werden sollen. Das ist nichts anderes als die Wiederholung des Dittlerischen Wortes: „Es werden Köpfe rollen.“

Die unreifen jungen Burken, die für die Nationalsozialisten als Terrorbanden die Straßen der deutschen Städte unsicher machen, werden nach ihrer ganzen politischen Erziehung in diesem Schlußsatz nichts anderes erblicken als eine unerhörte Aufforderung, die Mitglieder der gegenwärtigen Regierung zu „killen.“

Wer derartige Drohungen ausstößt, der hat kein Recht, sich als verfolgte Unschuld aufzuspielen. Wer, wie Herr Dittler, von Köpfe rollen redet, dem steht es schlecht an, der Regierung gegenüber Klage zu führen, daß seine Partei unter Terror leidet. Die verfolgte Unschuld ist eine verfolgte Unschuld.

### Die täglichen Nazi- und Kozijchlachten

Stuttgart, 24. September. (Eig. Meldung.) Im Anschluß an eine von den Nazis in Stuttgart, in dem in der Dampfsäule von Arbeiterbewohnen vorort Gablenberg einberufenen öffentlichen Versammlung, kam es zu umfangreichen Tumulten. In der Versammlung sollten zwei frühere Kommunisten, Kloeber und Weidemann über ihre Erlebnisse in Rußland sprechen. Sie kamen aber nicht dazu, weil der kommunistische Kampfband gegen den Faschismus seine Leute alarmiert hatte, die gleich den ersten Redner durch stürmende Kundgebungen unterbrachen. Bald kam es zu einer regelrechten Schlacht zwischen den beiden feindlichen Parteien. Man bewarftete sich mit Steinen, Eisen, Gläsern, Eisenstangen und anderen Dingen, verbarrikadierte sich hinter Tischen und Türen, verschloß sämtliche Fensterscheiben und demolierte den ganzen Raum, der nach kurzer Zeit einem riesigen Trümmerhaufen glich. Da auch die Beleuchtungsörter zerstört wurden, hatte die Polizei Schwierigkeiten, die Ruhe wieder herzustellen. Auf der Straße lebten sich die Auseinandersetzungen fort. Dabei fielen auch mehrere Schüsse. Die abmarschierenden Nazis trugen dann in der Landhaus- und Werastraße auf die kommunistische Jugendwehr, die aus dem Zentrum der Stadt auf den telefonischen Anruf ihrer Partei herbeikamen, und so kam es hier zu neuen Tötlichkeiten. Das Ergebnis war, daß rund 25 Personen verletzt wurden, darunter zwei schwer, und daß über 100 Personen von der Polizei verhaftet und auf Lastkraftwagen abtransportiert wurden. Die Verhafteten sind bis auf etwa 40, die sich vor dem Schnellrichter wegen Landfriedensbruch zu verteidigen haben werden, vorläufig wieder entlassen worden.

Nach einer Meldung soll ein Befehl der Kommunisten gefunden worden sein, der darauf schließen läßt, daß sie den Ueberfall auf die nationalsozialistische Versammlung planmäßig vorbereitet haben.

### Handgemenge nach Naziverammlung

Stuttgart, 24. Sept. (Eig. Meldung.) In Seilbronn führte eine nationalsozialistische Versammlung am Mittwochabend dazu, daß die politischen Gegner unter den Versammlungsbeteiligten in ein Handgemenge gerieten und mit Stöcken aufeinanderloschlugen. Die bereit gehaltenen Polizei stellte die Ordnung wieder her. Ein Verletzter mußte ins Krankenhaus eingeliefert werden.

## Neue Kürzarbeiterunterstützung

Erläuterungen der Neuregelung

An der Neuregelung in der Kürzarbeiterunterstützung interessiert besonders die Frage, wer überhaupt Kürzarbeiterunterstützung beanspruchen kann. Das Recht ist an vier Voraussetzungen geknüpft:

1. Die Arbeitnehmer müssen in einem gewerblichen Betrieb, in dem regelmäßig mindestens zehn Arbeitnehmer tätig sind, beschäftigt sein. Nach § 105 der RGD. zählen folgende Betriebe zu den gewerblichen Betrieben: Berawerke, Salinen, Aufbereitungsanstalten, Bräue, Gerben, Füllwerke, Fabriken, Werkstätten, Zimmerplätze, Bauhöfe, Werften, Ziegeleien, Bouten aller Art. Arbeitnehmer, die in einem Betrieb beschäftigt sind, der hier nicht aufgeführt worden ist, können keine Kürzarbeiterunterstützung beanspruchen.

2. Die Arbeitnehmer müssen in einer Kalenderwoche infolge von Arbeitsmangel 3, 4 oder 5 volle Arbeitstage gearbeitet haben. Auch ein Wochenferientag wird als Ausfalltag gezählt, falls er nach dem Arbeitsplan auch als Vertag für den Kürzarbeiter arbeitsfrei geblieben wäre. Dies ist so zu verstehen: Fällt in eine Woche 3, 4 auf den Mittwoch ein Feiertag, so wird dieser Mittwoch als Ausfalltag gezählt, falls der Mittwoch auch sonst ausfallen würde. Außerdem ist noch folgendes zu beachten: Wird in einer Kalenderwoche voll oder fast gearbeitet und in der anschließenden Woche ganz gefeiert, so steht der Ausfall von je zwei vollen Arbeitstagen in der Doppelwoche gleich. Wird also in der ersten Woche vier Tage gearbeitet und in der anschließenden Woche überhaupt nicht, so sind in dieser Doppelwoche insgesamt acht Arbeitstage ausgefallen. Da nun der Ausfall von je zwei vollen Arbeitstagen in der Doppelwoche gleich steht, so kommen für die beiden Wochen, da acht Arbeitstage ausgefallen sind, für jede Woche vier Ausfalltage in Frage.

3. Die Arbeitnehmer müssen in einer gegen Arbeitslosigkeit verschärften Beschäftigung stehen.

4. Das Arbeitsentgelt muß sich durch die Kurzarbeit, d. h. um die Ausfalltage entsprechend verringern.

Die Höhe der Kürzarbeiterunterstützung bestimmt sich nach der Lohnklasse, der man angehört, nach der Zahl der zulagsberechtigten Angehörigen und nach der Zahl der ausfallenden Arbeitstage. Für die Einkufung in eine Lohnklasse ist das Arbeitsentgelt zugrunde zu legen, das der Kürzarbeiter in der Unterstützungswoche bei voller Beschäftigung in der betriebsüblichen Zahl von Arbeitsstunden verdient haben würde. Kommt z. B. ein Verdienst von 40 M. in Frage, so hat die Einkufung in die Lohnklasse 7 zu erfolgen.

Kürzarbeiterunterstützung wird insoweit nicht gewährt, wenn der

Kürzarbeiter an den ausgefallenen Arbeitstagen andere entgeltliche Arbeit zu verrichten ablehnt.

Kürzarbeiterunterstützung kommt nur in Frage, wenn in dem Betrieb oder in einer Abteilung des Betriebes unmittelbar zuvor in zusammenhängenden Kalenderwochen insgesamt mindestens acht volle Arbeitstage ausgefallen sind.

In der jeder Kalenderwoche müssen mindestens zwei Arbeitstage und zwar für die Mehrheit der Arbeitnehmer im Betrieb bzw. der Abteilung durch Kurzarbeit oder Aussetzen ausfallen und dadurch das Arbeitsentgelt entsprechend verringert werden, nachdem dem Arbeitsamt angezeigt worden ist, daß in dem Betrieb kurz gearbeitet wird. Die Unterstützung beginnt frühestens mit der Kalenderwoche, die auf den Eingang der Anzeige bei dem Arbeitsamt folgt.

Wird der Bezug der Kürzarbeiterunterstützung unterbrochen, so kann die Unterstützung erst wieder gewährt werden, wenn die Warteseit und die Anzeige erneut erfüllt ist. Die Warteseit kann ganz oder teilweise in der Zeit der Unterbrechung liegen.

Nicht als Unterbrechungen gelten, wenn in einer Kalenderwoche zwei volle Arbeitstage infolge Arbeitsmangel ausgefallen sind. Des weiteren gilt nicht als Unterbrechung, wenn der Ausfall für sich allein nicht mehr als drei zusammenhängende Kalenderwochen und, frühere kurzfristige Unterbrechungen zusammen gerechnet, innerhalb des letzten Jahres nicht mehr als acht Wochen beträgt. Kurzfristige Unterbrechungen, die vor dem 1. Juli 1931 liegen, bleiben hierbei unberücksichtigt.

Die Kürzarbeiterunterstützung wird verjagt oder entzogen, wenn dem Kürzarbeiter anderweitig Arbeit nachgewiesen werden kann. Die Vorschriften über die Verhängung von Sperrstrafen finden sinngemäße Anwendung.

Für die Stellung des Antrags ist das Arbeitsamt zuständig, in dessen Bezirk der Kürzarbeiter wohnt. Den Antrag auf Kürzarbeiterunterstützung kann der Arbeitgeber oder die Betriebsvertretung stellen und, sofern eine solche nicht besteht, jeder Kürzarbeiter für alle Kürzarbeiter des Betriebes. Die vorerwähnte Anzeige hat der Arbeitgeber zu erstatten. Unterläßt er sie, so kann sie von der Betriebsvertretung oder, sofern eine solche nicht besteht, von jedem Arbeitnehmer des Betriebes erstattet werden. Ist die Anzeige unterblieben, so gilt der Antrag zugleich als Anzeige. Der Arbeitgeber hat die Kürzarbeiterunterstützung auf Verlangen des Arbeitsamts vollständig zu erstatten und auszusuchen. Der Verwaltungsrat des Landesarbeitsamts kann die Kürzarbeiterunterstützung für Betriebe oder Berufe ausschließen, in denen kein Bedürfnis dafür vorliegt.

## Aus aller Welt

### Raubüberfälle auf Pfarrhaus

Wiede an der Ruhr, 25. Sept. Drei maskierte Räuber drangen gestern Abend in das Pfarrhaus in Wiede an der Ruhr ein. Nachdem sie den Pfarrer, seine Haushälterin und ein Dienstmädchen gefesselt hatten, schleppten sie die Überfallenen in den Keller und schloßen sie dort ein. Ein Schäferhund, der sich den Räubern entgegenstellte, wurde durch einen Schuß kampfunfähig gemacht. Die Einbrecher erbeuteten eine Geldsumme, deren Höhe noch nicht feststeht, sowie zwei Pistolen und vermutlich auch verschiedene Wertgegenstände.

Wie gemeldet, wurde am Montag Abend von drei Männern ein ähnlicher Ueberfall auf das Pfarrhaus in der Gemeinde Herkenrath bei Bensberg verübt, und es liegt nun die Vermutung nahe, daß es sich um die gleiche Räuberbande handelt, die den Ueberfall in Wiede verübt hat.

### Großfeuer im Frankfurter Dshafen

Frankfurt a. M., 25. Sept. Im Frankfurter Dshafengebiet brach gestern im Lagerraum einer Futuragegroßhandlung Feuer aus, das leicht schwere Folgen hätte haben können. In der unmittelbaren Nähe des Schuppens standen nämlich zwei mit Benzin gefüllte Eisenbrenntankwagen, die im letzten Augenblick von Bediensteten, die den Brand entdeckten, weggeschoben wurden. Zwei Lagerhäuser mit leicht brennbarem Inhalt fielen dem Brand zum Opfer. Die mit mehreren Bügen erschiene Feuerwehr konnte den Brand nach stundenlangem Tätigkeitsniederlegen und ein Ueberbrücken auf ein benachbartes offenes Lager alter Autoreifen verhindern. Als Ursache wird Brandstiftung vermutet.



Das Münchener Oktoberfest hat begonnen

Festteilnehmer in mittelalterlicher Tracht sieben auf Wagen über die Theresienwiese. Auf der Theresienwiese in München ist das große Herbstfest Bayerns, die Oktoberwiese in vollem Gange. Ursprünglich sollte das Fest dieses Jahr nicht stattfinden. Um so größer ist nun die fröhliche Ausgelassenheit, da es doch — allen schwersten Zeiten zum Trotz — gefeiert wird.

### Mord

Berlin, 25. Sept. Heute gegen 1 Uhr früh wurde in einem Treppenhause der Rheinstraße in Schöneberg die 21 Jahre alte Elisabeth Rex erschossen aufgefunden.

### Schwalbentransporte in Flugzeugen über die Alpen

Wien, 27. Sept. (Eigene Meldung.) Auf Veranlassung des Tiergärtnervereins sollen hunderte von Schwalben, die auf ihrem Zuge nach dem Süden durch den Wetteritz hier aufgehalten wurden, und dem Verkommen ausgeliefert sind, mit Flugzeugen über die Alpen befördert werden. Die Tiere, die allenthalben an Gebäuden Schutz suchen und sehr aufträchtig geworden sind, lassen sich leicht einsammeln. Das Verkehrsflugzeug, das morgen nach Benedig startet, wird den ersten Transport der in besonders herzerlösenden Risten untergebrachten Schwalben beforgen. Am Samstag fliegt ein großes Flugzeug eigens zu diesem Zweck nach Benedig.

### Kingsford Smith zum Fluge Australien—England gestartet

Wynham (Westaustralien), 24. Sept. Der bekannte Armeeflieger Kommodore Kingsford Smith ist heute hier gestartet, um den für den Distanzflug Australien—England bestehenden Rekord zu brechen.

### Starker Schneefall in den Vogesen

In den Südvogesen hat es stark geschneit. Nach einem heftigen Schneetreiben waren alle Höhen um die Schlucht mit dichtem Schnee bedeckt. Auf dem Honck und auf den Wegen, welche die Straße Colmar—Gérardmer kreuzen, maß der Neuschnee zehn bis fünfzehn Zentimeter. Selbst aus den Mittelvogesen, vom Hochfeld, wird Schneefall gemeldet.

### Niederösterreichischer Bauernbund gegen Putzstreifen

Wien, 24. Sept. (Eig. Draht.) Die Vertrauensmänner des Christlich-sozialen niederösterreichischen Bauernbundes nahmen am Donnerstag in Gegenwart des Bundeskanzlers eine Entschlieung an, in der es heißt, daß die Regierung die Pflicht habe, die Führer der Heimwehr, die oft Hochverrat betrieben hätten, strengstens zu bestrafen. Die niederösterreichische Landesregierung wird aufgefordert, alle ausländischen Heer, ob Nationalsozialisten oder Kommunisten abzugeben zu lassen.

Badisches Landestheater. Frans Cammerlohns dreitägiges „Tempo über hundert“, dessen Uraufführung am Freitag, 25. September, stattfindet, wird von Ulrich von der Trend in Szene gesetzt. In der weiblichen Hauptrolle der Sängerin Geraldine Soria stellt sich die neue Solodame Vola Ervia auf ihrer heiligen Wirkungsstätte zum ersten Male vor. Die beiden männlichen Hauptrollen werden von Felix Baumbach und Stefan Dahlen dargestellt. Neben ihnen wirken noch Marie Frauendorfer und die Herren Gemmede, Böder, Luther und Prüter in wichtigen Aufgaben mit. — Ferner sei auf die am Sonntag, 27. September, im Konzerthaus stattfindende Uraufführung der Schwan-Operette „Frauen haben das gern“ empfohlen hingewiesen, deren Musik unter textlicher Verwendung des seiner Zeit auch hier mit größtem Publikumserfolg gegebenen Schwantes „Der lewische Lebemann“ von Arnold und Bach von dem bekannten Komponisten Walter Kollo stammt. Die sündenden Gelangsterie der vielgelächelten Sumorist Kideamus. Das noch junge Genre der Schwan-Operette und des modernen Singspiels hat sich auch bei uns durch die Aufführungen von „Meine Schwester und ich“, „Wie werde ich reich und glücklich?“ und „Meine Frau, das fröhliche“ in der vorstehenden Spielzeit mit außerordentlichem Erfolg eingeführt, so daß auch dem neuen Erzeugnis dieser schnell beliebten Gattung der Erfolg hier nicht veriaht bleiben dürfte.



Sparsam kauft, wer direkt von der Fabrik kauft

Stoff-Fabriken verkaufen direkt





# Die Sparvorschläge des Landtages

Die Justiz - Staatsministerium - Deutschnationale Hege - Im übrigen ruhige Aussprache - Zwei sozialdemokratische Sprecher - Annahme der Sparvorschläge

Es ist Mode im Landtag geworden, auch die Presse mit in die Debatte zu ziehen. Wenn einem Herrn Abgeordneten irgend eine kritische Bemerkung der gegenständlichen Presse mißfällt, läßt er in der nächsten Volkstung eine Erklärung gegen die betreffende Zeitung los. Die Zeitung kann sich zwar sofort nicht zur Wehr setzen, aber die Herren Landesboten dürften dennoch allmählich doch hintergekommen sein, daß sie, wenn sie mit der Presse anbandeln, allemal den Kürzeren ziehen. Heute häuften zunächst das Zentrum den Führer zusammen, der es mißbilligt hatte, daß vor acht Tagen die Zentrumsfraktion bei der Rede des Kommunisten Bod zu den Schulparanträgen nicht im Saale war. Wenn das Zentrum den Angriff des Führer mit dem Hinweis abtat, daß die R.S.D.A.P. heute am wenigsten ein Recht zur Kritik hätten, da sie ja selbst zu den größten Schwärmern im Saale gehörten, so war diese Feststellung wohl berechtigt. Am meisten mit der Presse zu tun hat es der zur Zeit Deutschnationale Abg. Bauer. In maßvoller Weise bengelte Herr Bauer den badischen Beobachter ab, weil dieser einen Zwischenruf eines früheren Parteifreundes des Herrn Bauer in seinem Landtagsbericht in Fettdruck gebracht hatte! Daß der bad. Beobachter dies tat, können wir gut verstehen, denn, wenn ein langjähriger Parteifreund des Herrn Bauer, den Herr Bauer also genau kennt, in öffentlicher Landtagsversammlung bemerkt, wenn Herr Bauer Minister geworden wäre, wäre er bei der Deutschen Volkspartei geblieben, so ist das immerhin ein Urteil, das in möglichst auffälligem Druck herauszubekommen das Recht jeder generischen Zeitung ist. Herr Bauer hätte sich u. E. einsig und allein gegen seinen früheren Parteifreund wenden sollen, der ihn demnach abfällig charakterisierte. Wenn wir den Zwischenruf gehört hätten, hätten wir ihn auch in Fettdruck gedruckt, auf die Gefahr hin, von Herrn Bauer ebenfalls angegründelt zu werden.

Die Spardebatte wurde bei Justizministerium und Staatsministerium fortgesetzt. Als ob es bei diesen Ministerien nicht einsehbar wäre. Die Opposition, unter Führung der Deutschnationalen, möchte das Justizministerium aufgebrochen wissen! Es tut uns leid, bei allem Respekt vor der Opposition, gerade hier nicht so ganz an die Ehrlichkeit dieses Sparvorschlags glauben zu können. Hier sind todsicher politische Hintergründe und ein böses Demagogie mit im Spiel. Der Mehrheits wird es dabei um so leichter fallen, den Wunsch der Opposition abzulehnen. — Beim Staatsministerium drehte sich die Debatte um die Gesundheitsfrage in Berlin. Zu kritisieren gab es ja nichts mehr, denn der Gesundheitsrat wird nicht mehr beauftragt, das Gesundheitswesen in Berlin soll jetzt verkauft werden. Ein weiteres Stück aus „Großherzogens Zeit“ wird also verschwinden. Sonst beachtete sich weiter nichts Welterschütterndes in heutiger Sitzung. h. w.

(61. Sitzung.)

h. w. Karlsruhe, 24. Sept. 1931

Vor Eintritt in die Tagesordnung verließ Abg. Perlon namens der Zentrumsfraktion eine Erklärung, in der zum Ausdruck und gebührende Ausführungen und Befehlsbildungen des nationalsozialistischen Führer scharf zurückgewiesen werden. Der Artikel in dem Vaterland-Heftblatt trug die Überschrift „Das Zentrum habe keine Zeit, die Religion zu schützen“ und kritisierte die Abwesenheit der Zentrumsfraktion während der kürzlichen Rede des Abg. Bod zum Schulabbau.

Sodann wird in die Weiterberatung der Sparvorschläge eingetreten und zwar kommt zum Ausdruck der Abschnitt

## Justizministerium

Berichterstatter ist Abg. Dr. Wolfhard. Der Ausschuss beantragt, die Stellungnahme des Staatsministeriums zu den Anträgen der Sparkommission zur Kenntnis zu nehmen; im weiteren werden eine ganze Reihe Anträge durchweg personeller Art gestellt, die sich auf die Umgruppierungen, Einparierungen von Stellen und Abbau von Ämtern beziehen. Bezüglich der Aufhebung oder Zusammenlegung von Amtsgerichten werden diesbezügliche Anträge zunächst zurückgestellt. Es sollen zuerst genaue Berechnungen über die finanziellen Wirkungen der einzelnen Vor schläge ausgearbeitet werden. In Gemeinden unter 500 Einwohnern kann die Grundbuchführung grundsätzlich auf ein benachbartes Grundbuchamt übertragen werden. Die acht Gemeindegroßbuchämter sind zu verstaatlichen.

Im Anschluß über den Bericht betreffend die Justiz berichtet Abg. Seid über den Abschnitt

## Staatsministerium

Der Ausschuss beantragt zunächst die Stellungnahme des Staatsministeriums zu den Anträgen der Sparkommission aufstimmend zur Kenntnis zu nehmen. Im weiteren wird u. a. beantragt, die Zuständigkeit des Staatsministeriums als oberste Landesbehörde solle einer Prüfung unterzogen werden. Bezüglich der Vertretung Badens beim Reich wird u. a. beantragt, eine von den bisherigen Stellen der Ministerialdirektoren nicht mehr zu besetzen; beim Gesundheitsratgebäude in Berlin soll geräumt werden, ob eine Veräußerung möglich ist.

Abg. Bauer (D.N.) meint, der Landtag habe ein besonderes Interesse daran, zu wissen, weshalb er, Herr Bauer, von der Deutschen Volkspartei zur Deutschnationalen Volkspartei gewechselt habe, und erzählt deshalb dem Hause diese weltbewegende Begebenheit. Dann begründet der Redner Anträge seiner Partei. Seine Bemerkung, die Minister seien nicht für das Volk, sondern für die Partei da, erliefte lebhaften Widerspruch. Auf die Behauptung des Redners, die 41.000 M., die der badische Gelände in Berlin bekomme, seien zu hoch, wird ihm ausgerufen, daß dies hoch sein Gehalt sei, sondern das Geld würde für Unterhaltungen aufgewendet. Der Redner verlangt weiter die Beschränkung der Aufwandsentschädigung für die Minister und der Stellenslagen. Beseidend ist, daß, als der Redner in einem Zwischenruf auf die hohen Offizierspensionen verwiesen wurde, gerade die Vertreter der sogenannten Nationalsozialistischen „Arbeiterpartei“ am lautesten lärmten! Abg. Reinhold erhält eine Rüge, weil er bemerkt, die Stellungnahme der Deutschnationalen Volkspartei zu den Offizierspensionen sei verlogen. Auch eine Verfeinerung der Landtagsauschüsse verlangt Abg. Bauer; ebenso Festsetzung von Höchstgehältern.

## Staatspräsident und Justizminister Dr. Schmitt

teilt mit, daß vieles, was der Vorredner verlangt habe, bereits Gegenstand der Beratung im Staatsministerium sei; man könne aber nichts aus dem Gesamtplan herausnehmen. Nützlich sei eine stärkere Zusammenfassung der Ministerien im Staatsministerium. Bezüglich der Vertretung im Reichsrat und der Berliner Geländefrage wurde bereits im letzten Jahre durch eine Verordnung eine Vereinfachung durchgeführt. Tugend eine Vertretung brauchen wir in Berlin. Die Geländefrage in Berlin wird nicht neu befaßt, sondern der Staatspräsident fährt alle drei Wochen nach Berlin. — Unter Recht muß im nationalen und im lokalen und im Gesetze der Gerechtigkeit angewandt werden. Unschöne Kritik an Urteilen ist zu bedauern. Die Justiz soll bei den Ländern bleiben. So hat die Landesregierung beizubehalten. Wenn die Justiz wandert, dann muß auch die Polizei aufgegeben werden. Der Redner sucht

eingehend zu begründen, weshalb Baden ein eigenes Justizministerium braucht. Man kann der Bevölkerung nicht zumuten, daß man sich selbstgeordnete Einrichtungen aufstellt. Württemberg hat 5 Minister, Bayern hat noch mehr Minister, darunter auch deutschnationale! Baden dort die Deutschnationalen ähnliche Anträge gestellt wie hier? Der Minister fordert auf: Wer sich gegen das Unterrichtsministerium, das Justizministerium und das Staatsministerium in einer Person zu verwalten, der möge antworten. Große Beiterkeit, als sich niemand meldet. Im weiteren befragt der Minister das Für und Wider bei Aufhebung von Amtsgerichten. Nationalisten heißt nicht in erster Linie sparen. Zu erörtern sei die Schaffung eines Grundbuchwiederbandes. Zum Schluß gedachte der Redner der Verdienste des badischen Gelände-Donald in Berlin. Er habe aus idealen Gründen sein Amt übernommen, wie er auch aus idealen Gründen seinen Posten aufgegeben. — Nach 1 Uhr wird die Sitzung abgebrochen und die nächste Sitzung auf halb 4 Uhr festgesetzt.

62. Sitzung

In der Nachmittags-Sitzung begründet Abg. Böning (Kom.) einige Anträge seiner Fraktion. Er kritisiert dabei sehr scharf die badische Justiz, um nachzuweisen, daß die Urteile, die besonders gegen Kommunisten gefällt worden seien, Klassenurteile seien. Gegen diese Justiz führe die Kommunistische Partei den schärfsten Kampf. Der Redner meint, es werde nur im Kleinen, an den Kleinen, gearbeitet, während man an der Spitze, bei den Großen, nicht sparen wolle. Die Aufhebung und Zusammenlegung von Gerichten lehnt Redner ab. Es ist Zeit, daß diese Regierung abtritt. Mit dem Spargutachten wird draußen ein Sturm entfacht, der dieses System binnenkurze wird.

Justizminister Staatspräsident Dr. Schmitt fordert den Redner auf, einen im Verlauf seiner Rede erhobenen Vorwurf, ein Staatsanwalt habe gelogen, außerhalb seiner Immunität zu widerlegen, damit man ihn belangen könne.

Abg. Gähler (Ztr.) betont, daß seine Partei an der badischen Justiz nicht teilhaben wolle, auch an der Beibehaltung des Justizministeriums als selbständige Behörde. In scharfer Weise fertigt der Redner den Abg. Bauer ab, dem in gebührender aufbringlicher Weise von dem Abg. Gähler selbsterklärt wird: Abg. Bauer habe hier in der Art des Reichenshofes gesprochen. (Als Abg. Bauer sich heftig über die Äußerung aufregt, wird ihm von dem Zentrum ausgerufen: Das ist das Echo, Herr Bauer!) Einer Verwirklichung der Justizreform das Zentrum mit Mißtrauen gegenüber, weil die Gefahr besteht, daß das badische Volk seine badischen Richter verliere. Die Richter in Baden würden ausgesetzt bis zum Letzten. Das Zentrum habe immer darauf geachtet, daß die Beamten seiner Fraktion nach Landtagsauflösung wieder in ihren Dienst zurückkehren. Es gebe aber einen Herrn, der sehr rechts stehe, der aber sich schon seit zehn Jahren vom Dienst fern halte. Das Fortwähren sei in jeder Richtung zu unterlassen.

Abg. Gans (Ztr.) befaßt sich mit dem Notariats- und Grundbuchwesen. Die Arbeit der Grundbuchämter ist wichtig, auf lässliche Hilfsbeamten viel Wert zu legen. Sehr weitreichend verbreitet sich der Redner über das Grundbuchwesen und die Notariatsgeschäfte.

Abg. Steinel (D.N.) meint, der Abg. Bauer dürfe sich nicht wundern, wenn er, der aus der Deutschen Volkspartei mit Mandat weggewandert sei, der in öffentlichen Versammlungen behaupte, die Deutsche Volkspartei sei zum Sonderling des Zentrums geworden, auch scharf angefochten werde. Von der Debatte selbst verdrängt sich der Redner nicht viel für das Spargutachten. Im weiteren wird der Redner wiederholt von dem Abg. Gähler in beständiger Weise angegriffen. Mit den Vorwürfen des Spargutachtens ist die Deutsche Volkspartei im wesentlichen einverstanden.

## Abg. Weismann (Soz.)

Die Sozialdemokratie wird bei Beratung des Staatsooranschlags genötigt sein, zu einigen Fällen Stellung zu nehmen. Es wurden Urteile gefällt, die gegenüber Nationalsozialisten zu milde waren. Der Redner siliert u. a. auch die heutige Rundredung der Nationalsozialisten an den Reichstagen. Dieses Telegramm ist der Höhepunkt der Arroganz. Die badische Justiz kann sich im allgemeinen nicht zu entschließen haben. Den Vorwürfen bezüglich der Amtsgerichte stimmen wir zu. Auch bei den Notariats- und den Grundbuchämtern stimmen wir der Auffassung des Ausschusses zu. In den Strafanstalten ist die Aufrechterhaltung der Ordnung durch die Aufseher sehr schwer. Die Aufseher haben einen schweren Dienst. Bezüglich der Fürsorgeanstalten würde es sicher sehr schwer sein, bei Aufhebung der neutralen Anstalten alle Säuglinge in die charitativen Anstalten unterzubringen. Was wollen die Kommunisten an die Stelle setzen, wenn die allgemeine Fürsorge, wie sie es verlangen, aufgehoben würde. Der kommunistische Antrag ist widersinnig. Der Prozeß Scheun hat gezeigt, daß dem Jugendschutz mehr Aufmerksamkeit gewidmet werden soll. Im übrigen stimmt die sozialdemokratische Fraktion den Ausschussanträgen zu. (Bravo bei der Sozialdemokratie.)

Abg. Dr. Wolfhard (Dem.) befragt die Verwirklichung der Justizreform. — Abg. Köhler (K.S.) behauptet, er wolle den Kampf scharf führen. Die Nationalsozialisten lebten einen weiteren Minister für Baden ab. Unter Beiterkeit des Hauses läßt der Redner seinen Parteigenossen Feld vor, der die drei Ministerien glatt be-willigen würde! Ein Wandel in Berlin ist nicht nötig. Der Redner kommt schließlich zu der vertieften Behauptung, die anderen Parteien würden das Bienenprogramm seiner Partei benutzen! Natürlich Beiterkeitserfolg! — Staatspräsident Dr. Schmitt stellt einige Bemerkungen des Vorredners richtig. In Thüringen waren vor Erich zwei Minister, hernach drei Minister. (Hört, hört!) Im weiteren haben in Thüringen nicht die Nationalsozialisten einen Antrag auf 12.000 M. Höchstgehalt für die Minister gestellt, sondern die Sozialdemokraten, und dieser Antrag wurde von den Nationalsozialisten abgelehnt. In Braunschweig wurde beschloffen, das Ministergehalt auf 12.000 M. herabzusetzen — aber erst für die künftigen Minister! (Große Beiterkeit.) — Abg. Schmidt-Bretten (Wirtsch. u. Bauern), weis zur Justiz nichts Neues mehr vorzubringen, desgleichen Abg. Ewald (Soz. Volksh.).

## Abg. Reinhold (Soz.)

Die Beratung der Sparmaßnahmen beim Staatsministerium hat Auffassungen erzeuht, die es uns notwendig erscheinen lassen, daß wir in bestimmter Art dazu unsere Stellung präzisieren. Wie u. n. f. i. r. die Sachlage erheilt, sieht man am besten aus den vielen Presseartikeln, wie auch aus einzelnen Redemendungen der Redner, die dazu gesprochen haben. Zunächst

## Die Vertretung Badens in Berlin

Man hat sehr oft über die Vertretung Badens in Berlin gepöppelt unter der Annahme der Frage: Was braucht denn das kleine Ländchen Baden in Berlin einen Gelände? Wenn Baden in Berlin eine Geländefrage unterhalten würde in der Art der Geländefrage außerdeutscher Länder, dann wäre die Stellung der Frage wohl inbaldig berechtigt. Bei der Vertretung Badens in Berlin handelt es sich aber doch in Wahrheit nur um die Wahrnehmung der Landesinteressen; hauptsächlich auf wirtschaftlichen und finanziellen Gebiet und die Wahrung dieser Interessen scheint uns, insbesondere in der jetzigen Zeit, wo sich alles in Nicht befindet, umwandelbar notwendig. Man kann bei der Stellungnahme zur Vertretung in Berlin nicht davon ausgehen, wie man den Zustand zukünftig gerne hätte. Wahrscheinlich sein muß der Zustand, den man heute vorfindet. Solange die Länder innerhalb des Reiches in der jetzigen Form bestehen, kann man auch an einer Vertretung Badens in Berlin nicht vorübergehen. Es ist erstreblich, feststellen zu können,

daß man die Notwendigkeit der Aufrechterhaltung einer solchen Vertretung in weitesten Vollstreckung einseht. Dabei will ich mich in Einzelheiten, ob nun bezüglich der Kosten der Vertretung nicht noch mehr hätte geteilt werden können, gar nicht ergehen. Ich habe die Möglichkeit solcher Einparierungen absolut zu. Jedenfalls kann die Entscheidung über die Notwendigkeit einer Vertretung in Berlin in ihrer Annahme oder Ablehnung nicht damit begründet werden, daß in dem einen oder anderen Fall die Kosten hoch gewesen wären. Ich benötige diese Gelegenheit, um auch namens meiner Fraktion auszusprechen, daß wir dem bisherigen Vertreter Badens in Berlin, Herrn Donald, unumwunden ausgedrückt, daß er seiner Aufgabe in zufriedenstellender Weise und auch in erfolgreicher Weise gerecht geworden ist. Wir danken ihm dafür. Die späten Kritiken, daß dem Vertreter Badens Gelder für Autounterhaltung zur Verfügung gestellt worden sind, brauchen denselben nicht zu kränken. Schon deswegen nicht, weil der Angriff von deutschnationaler Seite ausgeht, also von einer Seite, die beispielsweise dem bayerischen Gelände in Berlin gleich ein ganzes Auto zur Verfügung stellte, wo die gleiche kritisierende Partei in Bayern mit bei der Regierung ist. Es ist also eine sehr eigentümliche Sache, wenn man von deutschnationaler Seite das in Baden als ungebührlich verurteilt, was man in Bayern für Recht hält.

## Zu den Sparmaßnahmen im Staatsministerium

folgendes: Dem vom Haushaltsausschuß gestellten Anträgen zur Einparierung werden wir zustimmen. Notwendig ist es aber, zu den auch hier im Hause und auch in der Presse geäußerten Meinungen Stellung zu nehmen. Ein eingehender Antrag auf Vereinfachung des Justizministeriums hatte zur Folge, daß man dem Justizrat Raum gab, daß die Verbindung des Justizministeriums mit dem Kultusministerium und zugleich noch die Verlegung der Geschäfte des Staatspräsidenten unmöglich wäre. Wir können dem vollständig zustimmen. Es scheint aber daraus auch noch die Meinung entstanden zu sein, als ob die Betreuung des Staatsministeriums und des Justizministeriums die gegebene Form wäre. Namens meiner Fraktion habe ich demgegenüber die Erklärung auszusprechen, daß wir an der bisherigen Regelung festhalten. Der Vorschlag des Staatspräsidenten ist keinesfalls abhängig von der Verlegung des Justizministeriums und jederzeit auch für die Zukunft die Tatsache bestehen bleiben, daß zum Staatspräsidenten ebenso auch der Minister gewählt werden kann, der ein anderes Ministerium leitet, als wie das Justizministerium.

Einzelne Äußerungen im Haushaltsausschuß und auch in der Presse, aber auch hier im Hause, lassen die Befürchtung laut werden, als ob ein geänderter Ausbau des Staatsministeriums beabsichtigt wäre. Auch in dieser Hinsicht ist die Stellungnahme meiner Fraktion eine absolute Klarheit. Nimmt man den Sparbericht über das Staatsministerium zur Hand, so kann man darin lesen, daß man vor dem Jahre 1923 ab ohne Vereinfachung des Justizministeriums die Justizministerien überaus zu vergrößern, und man kann so zu dem Resultat, daß die ursprünglich 31 planmäßigen Beamten des Staatsministeriums auf 13 Beamte herabgesetzt werden konnten. Würde man jetzt den ungetreuten Beamten dann hätte dies zur Folge, daß mehr Beamte beim Staatsministerium zur Anstellung kommen müßten, was meine Fraktion nicht mitmachen wird. Wir bleiben bei der derzeitigen Regelung bestehen, daß die Erleichterung der Geschäfte des Staatsministeriums von einem der Minister nach freier Wahl im Parlament, ohne an ein bestimmtes Ministerium gebunden zu sein, mitbefördert werden. Wir halten absolut an der Regelung fest, die in der badischen Verfassung bezüglich des Staatspräsidenten vorgehoben ist und halten einen Ausbau des Staatsministeriums nicht für notwendig.

Das schließt nicht aus, daß durch eine Geschäftsordnung die Geschäfte unter den einzelnen Ministerien geteilt werden. Etwas vorabhandener Verlauf muß beilegt werden, ebenso jene Art, wo sich vielleicht auch Ministerien auf Grund der Art der Materie mit dem gleichen Gegenstand befassen müssen. Sich gegen eine solche geschäftsordnungsmäßige Regelung wenden zu wollen, wäre völlig unangebracht. Worauf es uns also ankommt, ist eine

## Geschäftsvereinfachung

ohne daß dadurch eine Ausweitung des Staatsministeriums und eine Vergrößerung der Kompetenzen der einzelnen Ministerien erfolgt.

Von deutschnationaler Seite wurde im Zusammenhang über die zum Staatsministerium gestellten Anträge eine Anzahl von verschiedenen Seiten im allgemeinen wiederholt, wie so oft, den Biedermann, den grundbesitzlichen Kern, der man sein will. Nun berührt es einen eigenartigen, solche Biedermanns-Reden von einer Seite anheben zu müssen, die sich gar nicht in dem recht-mäßigen Belief eines Abgeordnetenmandates befindet. Der Sprecher der Deutschnationalen ist als vollkommener Habsburger gewickelt, seine Stimme ist also nicht die Stimme seiner Wähler. Wenn man dann gar noch bezüglich der in Beamtensstellung befindlichen Kriegsbeschädigten den Vorwurf erheben hört, man solle im Reichstag Anträge, aber hier im Landtag stimme man ähnliche Anträge nieder, dann muß man schon sagen, daß der Sprecher der Deutschnationalen, Herr Bauer, die aller ungeeignetste Stelle ist, die solche Vorwürfe erheben könnte. Ueber die Wahrung der Interessen der Kriegsbeschädigten brauchen Sie, Herr Kollege Bauer, uns keinen Vortrag halten. (Abg. Weizsäcker macht eine Zwischenruf, auf den der Redner bemerkt: Lassen Sie Ihre Dummheit vor anlassen!) Die Laufende und Laufende Sozialdemokraten, die praktisch in der Kriegsbeschädigtenbewegung Tag für Tag arbeiten, beweisen, daß der Schutz der Kriegsbeschädigten für uns nicht nur eine Phrase oder ein Ausdrucksstück bedeutet, sondern daß es uns mit der Wahrung ihrer Interessen ernst ist. Die Veränderungen in der Reichs-anordnung von 5. Juni und die noch folgenden Veränderungen erbringen den Wahrheitsbeweis für den positiven Kampf der Sozialdemokratie für die Kriegsbeschädigten. Wenn die Annahme der Rente bei Kriegsbeschädigten, deren Belohnung aus öffentlichen Mitteln erfolgt, nunmehr an Stelle der Einkommensgrenze von 210 M. in der Form geregelt wird, daß an Stelle der idematischen Regelung die Regelung nach dem Einkommen erfolgt, so ist das nicht alles, was wir wollen, aber ein Fortschritt. Wenn die Anrechnung der Rente für Kriegsbeschädigte auf die Arbeitslosenunterstützung bei Schwerkrankenbeschädigten von 15 auf 25 M. erhöht wird, so ist das auch ein Erfolg, und wenn wir noch eine weitere Fortentwicklung bezüglich der Zukunftsrente erreicht haben, so ist auch das der Beweis erbracht, daß das Eintreten für die Kriegsbeschädigten für uns kein Ausdrucksstück ist, sondern eine ernste Arbeit. Sie aber, Herr Abg. Bauer, wollen ja mit Ihrem Antrag nur eine Regelung für die beamteten Kriegsbeschädigten. Diese Sonderregelung lehnen wir allerdings ab, uns liegt eine Befreiung der Kriegsbeschädigten, die nicht in beamteter Stellung sind, noch mehr am Herzen, denn diese haben nicht den Vorteil, in festem Gehalt — und in festem Pensionsanspruch zu stehen. (Sehr laut bei der Sozialdemokratie.)

In dem Zusammenhang hat der Herr Abg. Bauer auch noch jene Pensionen herangezogen, die einzelne Sozialdemokraten beziehen. Eigentümlich, höchst eigentümlich, wenn ein Sozialdemokrat die nach dem Gesetz zuzubehaltende Pension erhält, dann ist das nach Ansicht der Deutschnationalen unerträglich. Daß aber ehemalige deutschnationale Minister und andere Leute staatliche Pensionen beziehen, finden die Herrschaften ganz in Ordnung. Das ist eine Moral mit doppeltem Boden. Die Sache wird aber noch häßlicher für die Deutschnationalen, wenn man festhält, daß die Deutschnationalen gegen alle die Anträge der Sozialdemokratie auf Kürzung der hohen Pensionen im Reichstag stimmen. Auf der einen Seite der Vorwurf, daß auch ein Sozialdemokrat eine Pension be-













# Groß-Karlsruhe



## Geschichtskalender

25. September.

1555 Ausburger Religionsfriede. — 1876 † Ad. Glasbrenner, Schriftf. — 1878 † Karlgraf August Petermann. — 1918 Bulgarisches Waffenstillstandsangebot an die Entente. — 1929 Medlenburgisches Kabinett gegen Todesstrafe. — 1929 Österreich: Kabinett Strecker tritt ab. Folgt: Schöber.

## Wochengroßmarkt reiches Angebot aber geringe Nachfrage

### Die schwache Kaufkraft der Konsumenten

Auf dem gestrigen Großmarkt war das Angebot an Karztoffeln „gelber Industrie“ reichlich, die Nachfrage jedoch nur mäßig. Auch Gemüse war nicht allzu begehrt, obwohl die Anfuhr groß war. Vor allem gabs sehr viel Weißkohl, Johann Blumentohl, Kottkraut, Wirsing und gelbe Rüben. Geringer waren die Vorräte an Rosenkohl, Spinat und grünen Bohnen. Begehrter als Gemüse war Kopfsalat und Salatgurken, obwohl das Angebot nicht allzu groß war. Besser war es an Endivienalat; aber hier war die Nachfrage wiederum gering.

Reichlich verkehrt war der Obstmarkt, in erster Linie mit Tafeläpfeln, Tafelbirnen, in- und ausländischen Trauben. Reichlich war das Angebot an Röhrläpfeln, Spalter- und Korb- birnen, Kirschen, Tomaten, Zwetschgarten und Pfirsichen. Endlich gabs noch einen kleineren Posten schwedische Preiselbeeren. Auch auf dem Obstmarkt war das Interesse nur mittelmäßig nach in- und ausländischer Ware; besonders gering war die Nachfrage nach Preiselbeeren. An Südröhrläpfeln gabs ziemlich viel Bananen und einen kleineren Posten Zitronen, für die jedoch wenig Interesse vorhanden war; besser war es für Bananen.

Auch für diesen Großmarkt ist wieder bemerkenswert, daß die reichliche Gemüseanfuhr ganz aus dem Inland bestritten wurde. Das Ausland war nur auf dem Obstmarkt vertreten, und zwar Schweden mit Preiselbeeren, Italien mit Trauben, Zitronen und Pfirsichen, Serbien und Bulgarien mit Zwetschgen und Westindien mit Bananen.

## Nazi-Untertanengeist

Diese Woche sprach in einer Kassenversammlung der Reichstags- abgeordnete Dreher aus Ulm. Ueber diesen Alltagspolitiker plaudert Koff Rante im Dortmund Generalanzeiger wie folgt:

„Ich hatte in diesen Tagen eine Unterredung mit dem Lokomotiv- führer Dreher, früherer Seemann, später nationalsozialistischer Abgeordneter. Der Mann hat in der Reichstagsfraktion das Referat für die Eisenbahn und die Post. Seine Sachbearbeitung erledigt er kurz und schmerzlos, unbelastet von allzu großem Wissen und wie ein feberischlicher Unteroffizier.“

„Ich stelle ihm einige Fragen: Ob wir unsere sozialistischen Forderungen verwirklichen können, ob wir das Land entleeren können, das wir für unsere Landarmen und die zweiten und dritten Bauernhöfe brauchen, ob Hitler nicht von seinen bürgerlichen Betzern in die Hände des Kapitals gespielt wird?“

Der Mann wischt mit seiner breiten Hand über den Tisch und sagt einfach:

„Das weiß ich nicht.“

„Ja, aber wie können Sie dann die Kraft finden, Abend für Abend den Unterdrückten die Erlösung durch das Dritte Reich zu predigen?“

„Da steht er mich groß an und sagt: „Weil Adolf Hitler es befehligt.“

„Würden Sie denn auch“, so frage ich noch drängen, „blind alles tun, was der Chef befehligt?“

„Da steht er auf und sagt mit so selbstverständlicher Sicherheit, daß man es ihm glauben muß:

„Wenn Hitler mir morgen sagt: „Du mußt erschossen werden“, dann stelle ich mich an die Wand und lasse mich erschießen!“

Also, Georg Dreher ist schon ein dem großen Adolf sehr unter- tänigster Diener, ein großer Held von Ergebenheit. Aber seine politischen Qualifikationen weisen allerdings nichts besonderes auf, wie er selbst am Dienstag in der Festhalle bewies. In den eigenen Reihen scheint man ihn auch als unbedeutende Persönlichkeit an- zusehen, soweit wenigstens Führer in Betracht kommen, denn als Dreher seinen Dreh in der Festhalle verrichtete, vergnügte sich Herr Gauleiter Wagner-Baßlich in einem hübschen Kino. So wird uns nämlich von einem Augenzeugen berichtet.

## Die Notkundgebung in der „Badischen Woche“

### Weitere Verbreitung durch Rundfunkübertragung

Der kulturelle Charakter der „Badischen Woche“ im Rahmen der diesjährigen Karlsruher Herbsttage gewinnt durch die Notkun- dung für die bedrängten Künstler und Geistesarbeiter (Dichter, Maler, Tonkünstler und Schriftsteller) bemerkenswerten Anhang an die vorjährige Veranstaltung des „Badener Heimattages“ in Karlsruhe. Was seiner Zeit als Parole auf dem Boden lands- mannschaftlicher Verbundenheit ausgesprochen wurde, soll jetzt in schwerer Notzeit Gestalt annehmen und sich in den engeren Gren- zen unserer Heimat tatkräftig erweisen. Einerseits wird in dieser Richtung die Kundgebung als Trägerin der Romantike ihr Ge- wicht in die Schale werfen und wird Einfluß auf die Gesamtheit der breiten Bevölkerung zu gewinnen suchen. Das ist unerlässlich allein im Hinblick auf die Hoffnung eines materiellen Erfolges zu Gunsten der notleidenden Künstler und Vertreter aus Geisteswelt und Willenswelt. Zum andern werden die während der „Badischen Woche“ vorbereiteten internen Aussprachen und Zusammenkünfte in unmittelbarer Fortsetzung des Heimatgedankens einen engeren Zusammenfluß aller Geisteskräfte in heutiger Zeit anstreben.

Ramhafte Repräsentanten aus der badischen Kultur- und Geistes- welt haben sich in den Dienst der am Sonntag, den 11. Ok- tober, vormittag 11.30 Uhr, im großen Saal der städtischen Fest- halle stattfindenden Notkundgebung gestellt, deren Verlauf allen Südbundländern auch außerhalb Karlsruhes und Badens im Senderogramm übertragen wird. Zur Einleitung der Kundgebung spielt das Orchester des Landestheaters (unter Leitung von Gene- ralmusikdirektor J. Krips) die Ouvertüre zu „Das Nachtlager von Granada“, von Kreutzer. Dann wird der stellvertretende Landes- vorstehende des Landesvereins „Badische Heimat“, Professor Her- mann Eris Busse-Freiburg, die Eröffnungsansprache halten, an die sich als der eigentliche und ausdrucksstärkste Höhepunkt der Kundgebung die Manifeste der Not anschließen. Hierzu er- greifen das Wort: der badische Dichter und Maler Dr. Hermann Burte (Lürrach), der badische Philosoph und Religionsforscher Dr. Friedrich Wudle (Wienau bei Heidelberg) und Schriftsteller Dr. Leopold Ziegler (Weberlingen), Goethepreisträger vom Jahre 1929. Dann kommen unter Leitung des Komponisten vom Lieber von Franz Philipp zum Vortrag, geungen von den Mit- gliedern des Badischen Kammerchors. Im Sinne einer gleichzeitigen

gen Kundgebung für das Badische Landestheater spricht ferner In- tendant Dr. Hans Haag-Karlsruhe und zum Abschluß Schrift- steller Heinrich Berl. Anschließend wird das Orchester einen Satz aus der Khabodie von Julius Weismann-Freiburg zur Niedergabe bringen, um damit einen unserer bekanntesten badischen Komponisten zu Wort kommen zu lassen.

Die Notkundgebung, zu der alle Kreise der Bevölkerung von Karlsruhe und auswärts (bei freiem Eintritt) eingeladen sind, soll in erhebender Weise nachvollziehbar Ausdruck all dessen sein, was die „Karlsruher Herbsttage“ und mit ihnen die „Badische Woche“ in der Landeshauptstadt in zeitgemäßer Weise helfen und verwirklichen wollen. Die zum gleichen Zeitpunkt beginnende Ver- kehrs-Veränderung stellt, wie an dieser Stelle bereits angedeutet wurde, ebenfalls teilweise in praktischer Verbindung mit dem Ge- danken kultureller Nothilfe.

## Zum Tode des Stadtschulrats Baschang

wird uns aus Böhmerreisen noch geschrieben:

Der Volkshund berichtete in den letzten Tagen von dem Ab- leben des Stadtschulrats Friedrich Baschang. Die Arbeit eines warmherzigen Schulmannes ist damit abgeschlossen. Abgeschlossen ist aber auch die Tätigkeit des ausgezeichneten Schulpolitikers, der wußte, welche Wege die Volksschule in ihrer sozialen Ent- wicklung zu gehen hatte, wenn sie den Anforderungen gerecht werden wollte, die eine neue Zeit an sie stellte. 1909 als Haupt- lehrer nach Karlsruhe berufen, widmete er sich 1912 der erzie- herischen Arbeit an der Hiltsschule. Es war kein Zufall, daß er sich den Kindern anwandte, die von der Natur vernachlässigt, einer besonders aufopfernden Lehr- und Erziehungstätigkeit bedürften. Seine starke Neigung zur sozialen Betätigung war für diesen edlen Menschen geradezu kennzeichnend. Immer und immer wieder lebte er seine Kräfte dort ein, wo es galt, irragenanenen Menschen weg- zuhelfen zu helfen. So leitete seine Tätigkeit im Jahre 1925 die Höhe des Disziplinären und der anderen Hinsicht ist ein deutlicher Beweis dafür. Im Gegensatz zu den ersten Jahren nach dem Kriege steht also das Geld heute und sicher auch für die nächste Zeit im Zeichen der Selbstverleugung. Jeder vernünftige wirtschaft- liche Mensch wird sich diesen grundlegend veränderten Verhältnissen anpassen, er wird also das Gut, das wertvoll ist und noch wert- voller wird, nämlich das Geld, nicht für irgendwelche andere Güter ausgeben, die er zur Zeit wirklich nicht benötigt; er wird viel- mehr das Geld sparen und so nicht nur die Finanzen bestricken, sondern auch die Möglichkeit erlangen, die jedem Geldbesitzer und Spar- er eine Geldwertsteigerung bringt, nämlich in späteren Zeitpunkten mehr für sein Geld kaufen zu können als jetzt.

Nicht ohne Grund häufen sich seit einiger Zeit z. B. die Offerten und Zeitungsinsertate, in denen Grundstücke, Parzellen usw. zum Kauf angeboten werden. Die Verkäufer wissen sehr genau, welche Vorteile ihnen der Verkauf eines Grundstücks bringt; sie wissen, daß sie durch einen Verkauf von vielen Käufen befreit wer- den, während ihnen das erlöste Geld Zinsen bringt und eine wach- sende Kaufkraft verleiht. Anders die Grundstücke- und Parzellen- käufer: über große Angst und Nervosität verfiel ihnen die wirtschaftliche Erkenntnis; sie fürchten sich vor Geldentwertung, ob- wohl jeder ruhige Beobachter sieht und weiß, daß sie nicht besteht. Manche behen ihre mühsam erarbeiteten Notgroschen ab, kaufen irgend- wo ein Stück Land und denken oft erst nachher richtig darüber nach, welche Lasten sie sich aufbürden; Grundsteuer, Vermögungssteuer, Stra- ßenanliegerbeiträge, die Kosten der Licht-, Gas- und Wasseranlagen usw. Was demgegenüber die wirtschaftliche Vernunft vordringt, laute treffend der Reichsanwalt Dr. Brünning kürzlich in seiner Rundfunkansprache: „Die Ueberlebung liegt nahe, von seinem Gut- haben möglichst wenig abzuhängen, ja, wenn möglich, noch zu er- höhen, weil die Kaufkraft des Geldes fest.“

## Unüberlegte Käufe

Genauwärtig ist die wirtschaftliche Krise in Deutschland und in der Welt gekennzeichnet durch einen hohen Geld- und Kreditman- gel; die Höhe des Diskontsatzes und der anderen Hinsicht ist ein deutlicher Beweis dafür. Im Gegensatz zu den ersten Jahren nach dem Kriege steht also das Geld heute und sicher auch für die nächste Zeit im Zeichen der Selbstverleugung. Jeder vernünftige wirtschaft- liche Mensch wird sich diesen grundlegend veränderten Verhältnissen anpassen, er wird also das Gut, das wertvoll ist und noch wert- voller wird, nämlich das Geld, nicht für irgendwelche andere Güter ausgeben, die er zur Zeit wirklich nicht benötigt; er wird viel- mehr das Geld sparen und so nicht nur die Finanzen bestricken, sondern auch die Möglichkeit erlangen, die jedem Geldbesitzer und Spar- er eine Geldwertsteigerung bringt, nämlich in späteren Zeitpunkten mehr für sein Geld kaufen zu können als jetzt.

## Die Polizei berichtet:

### Verkehrsunfälle

Auf dem Kaiserplatz wurde gestern nachmittags eine 66 Jahre alte verheiratete Frau von einem Lieferkraftwagen angefahren. Durch den Sturz auf den Kopf zog sie sich eine klaffende Wunde über dem linken Auge zu. Man brachte die Frau nach dem Dia- gnostischenhaus, wo ihr die erste Behandlung statt wurde. Die Schuldfrage bedarf noch der Klärung.

Ein ähnlicher Unfall ereignete sich in der Mittagszeit auf der Hauptstraße in Durlach, wo ein 8 Jahre alter Volksschüler unmit- telbar vor einem Straßenbahnwagen noch über die Straße eilen wollte und dabei in einen neben der Straßenbahn verlaufenden Personenkraftwagen hineinkollte. Der Junge kam mit einem Bluterguß über dem rechten Auge davon.

### Diebstähle

Megen Diebstahls gelangten mehrere junge Leute im Alter von 17 bis 20 Jahren zur Anzeige.

Ein unbekannter Täter entwendete in der Nacht zum Donner- stag aus einem Anwesen in der Grünauer Straße hier zwei Hefen im Werte von 30 M.

Einem Beamten in Ruppurr wurde von der Straße weg ein Handwagen im Wert von etwa 60 M entwendet.

Aus einem Keller in der Kronenstraße kam ein Bierfass im Wert von 50 M abhanden.

Einem Ingenieur wurde aus dem Hof der Technischen Hochschule hier ein Fahrrad im Wert von 50 M gestohlen.

### Rowdy

Am Donnerstagabend verlor ein bis jetzt noch unbekannter Mann in einer Wirtshaus in Mühlburg eine 42 Jahre alte Ken- nerin durch mehrfache Wüfte mit Wirtschaftskübeln. Die Weitin mitbandelte er durch Faustschläge ins Gesicht. Die Tat erfolgte aus Mord darüber, daß man ihm die Wirtschaft verboten hatte.

(.) Schwarzwald-Zuverlässigkeitsfahrt als Karlsruhe durch den Schwarzwald. Eine motorisierte Veranstaltung von Rang und Namen findet am Sonntag, den 27. September, statt. Die Schwarzwald-Gebirgs-Zuverlässigkeitsfahrt mit Start und Ziel Karlsruhe als einjährige Reichsveranstaltung, die der Deutsche Reichs-Auto-Club in diesem Jahre durchführt. Mit der Zuverlässig- keitsfahrt soll die Möglichkeit für Gebrauchswagen gegeben sein, auf

den Verhältnissen des Schwarzwaldes zu sein, was Fahrer und Fahrzeuge zu leisten vermögen. Da es sich um keine Rennveranstal- tung handelt, die mit größeren Kosten verknüpft wäre, dürfte von vornherein trotz der unglücklichen Zeitverhältnisse mit einer erheb- lichen Beteiligung gerechnet werden. Die Ortsgruppe des DAVC verbindet mit dieser Veranstaltung eine Sternfahrt nach Karlsruhe. Start für die Geländefahrt erfolgt Sonntag früh 9 Uhr am alten Bahnhof. Die Strecke verläuft über Durmers- heim-Baden-Baden-Ähren-Bad Sulzbach-Batersbrunn-Kau- münzach-Baden-Baden-Derrnals-Karlsruhe. Ziel eröffnet von 17 bis 20 Uhr (vor dem Hotel Reichshof). Die landschaftlich ausge- zeichnete Fahrt wird auf Bergstraßen bis zu 1200 Meter Höhe wird namentlich den auswärtigen Teilnehmern von der Badischen Lan- deshauptstadt aus die schönste Schwarzwaldbild erschließen, die fast überall heute auch dem Automobilisten zugänglich gemacht ist.

(.) Soziale Gerechtigkeit in der Personalliste der Stadtverwal- tung ist notwendig. Man schreibt uns: Die fortschreitende Wirt- schaftskrise vernichtet täglich laufende Existenzen und drückt die Lebenshaltung dieser Opfer auf ein kaum erträgliches Niveau. Neben den Reichs- und Landesbedürfnissen müssen auch die Gemein- den, um die Hilfsbedürftigen einigermaßen ausgleichen zu können, zu einer Trostleistung ihres Hausalters gelangen. Bei Entlohnungen sind Ansehnlichkeit, deren Lebensunterhalt durch die im Geleit fest- gelegten unterhaltspflichtigen Angehörigen ausreichend gesichert ist, in erster Linie ins Auge zu fassen. So will es die Gerechtigkeit. Dieser entspricht folgender Fall, den wir aus verschiedenen heute herausgreifen. So ist da z. B. bei der Stadtverwaltung Karlsruhe ein Oberbaurat in Diensten, dessen monatliches Einkommen be- stimmt nicht als Gehalt eines unteren Beamten angebrochen wer- den kann. Dessen Tochter kann natürlich bei diesen geringen Bes- lägen den väterlichen Haushalt nicht noch mehr belasten und wird daher — man hat höheren Orts noch Verständnis für eine solche Not — bei der Stadtkassarsstelle als Angestellte ebenfalls beid- händig. Da nun aber die allgemeine Ansicht gegenwärtig erkannt, daß Teuerheiten über Aussteuerungen von denen der künftigen Nachkommen verbrannt werden, wäre es u. U. nur ein Akt ausgeglichener Ge- rechtigkeit, diese Dame — für die schon unbedeutendere Kräfte weichen mühen — zur Entlassung zu bringen. Dem Angestelltenrat der städtischen Verwaltungen sei daher dieser Fall zur weiteren Be- handlung mit dem Wunsche auf einen im Gesamtinteresse gelegenen Erfolg anheimgegeben. efa.

(.) Nicht Herr Senn, sondern Herr Senf. In der gestrigen Notiz über die Firma Brombacher wurde der Geschäftsführer mit Herr Senn betitelt. Es handelt sich aber nicht um einen Herrn Senn, sondern um einen Herrn Senf.

## Veranstaltungen

Volksmusiktheater. Um allen Artisten zu begegnen, macht die Direk- tion darauf aufmerksam, daß es sich bei den zur Zeit gastierenden Zel- alger Fritz-Wieder-Bängern nicht nur um Sänger, sondern um Komiker, Schauspieler, Imitatoren, Instrumentalisten usw. handelt. Dieses En- semble zaubert ein ausgezeichnetes Bild der Heiterkeit und Lachen auf der ganzen Linie hervor. Gelang, Heiterkeit und sonstige Zartigkeiten werden sich im Vorbeigehen im Programm, so daß die Unterhaltung von auf ihre Kosten kommt und keine Stunde der Langeweile eingeräumt ist. Ueber der Mitwirkenden ist ein Künstler in seinem Genre. Der ab- endlich ungewohnte Wechsel ist der beste Beweis für die ausgezeichneten Leistungen dieser Künstler.

Gruppen-Generalversammlung der Arbeiter-Kadabrer. Die nächste Generalversammlung findet am Sonntag, den 25. Oktober, nachmittags 2 Uhr im Volkshaus statt. Eine sehr wichtige Tagesordnung, darunter die Auswertung des Winterprogramms, wo der Ausschluß der Ansicht der Mitglieder hören möchte, macht vorläufiges Erscheinen zur Pflicht. Auch für die geplante Weihnachtsfeier, die bei den Mitgliedern und ihren Angehörigen etwas Gelegenes geboten werden soll, wird sehr schon mit den Vorbereitungen begonnen, und erwartet der Ausschuss diesbezüg- liche Vorschläge und Anträge. A. S.

## Lichtspielhäuser

### Kinder vor Gericht im Union-Theater

Das Problem der Jugendvernehmung von Kindern und der Wertung dieser Zeugenaussagen ist ein außerordentlich umstritte- nes, so daß man es verstehen kann, wenn die Prüfkassette in Berlin mit Vorlicht auf den im Mai dieses Jahres neu heraus- gekommenen Sensationsfilm „Kinder vor Gericht“ herangezogen ist. Wie wenig berechtigt aber das zunächst ausgesprochene mögliche Verbot dieses Films war, beweist die Tatsache, daß es schon nach wenigen Wochen aufgehoben werden mußte und dem neuen Film vom Vorsitzenden der Kommission ausdrücklich seine „vollständigste Eigenhaft“ zugestanden wurde. Gemäß fällt das Thema aus dem Rahmen der üblichen Filmtexte heraus; ein minderjähriges Mäd- chen wird von ihrem Freund verführt, beidseitig aber aus Rache für erhaltene Prügel den eigenen Vater des Verbrechens, der in einer Verleumdung des Wertes dieser Zeugenaussagen ins Achtbar- warden muß. Käst man aber den Film in seiner erschütternden Tragik als Ganzes auf sich wirken, dann wird man wohl ohne weiteres ausgeben, daß hier nicht etwa nur ein Sensationsfilm, sondern ein Kunstwerk der Filmkunst geschaffen wurde, das an Ueberzeugungsraft und eindringlicher Wirkung keinesgleichen sucht. Das Karlsruher Union-Theater (Kaiserstraße), das diesen Film für sein nächstes Programm — 25. September bis 1. Oktober — erworben hat, wird damit wohl zweifellos große Ansehens- kraft ausstrahlen. Und zwar dies umlöhne, als sowohl der Regisseur Georg Karsten als auch die Hauptdarsteller Hermann Speel- mans, Carla Barthel, Ellen Schmoneck und Arbetri Wos — ihr Talent gegeben haben, um das eigenartige Material vollkommen wahrheitsgetreu zu Gesicht und Gehör zu bringen. — Ergänzt wird dieser Hauptfilm wiederum durch ein gutes Programm, dem die Emelta-Woche Nr. 51 eine besonders aktuelle Note leiht.

**Tageskalender**  
der Sozialdem. Partei Karlsruhe

**Bezirk Rintheim**  
Die auf Samstag anberaumte Parteiverammlung fällt aus.

**Bezirk Mühlburg**  
Samstag, den 26. September, abends 8 Uhr, im Lokal „Zum Hirsch“ Bezirksversammlung mit Vortrag über „Bürger und Bauern im Jahre des Bolschewismus“. Referent: Direktor Genosse Wilsheim. Erscheint zahlreich!

**Bezirk Daglanden**  
Samstag, den 26. September, abends 8 Uhr, im Lokal „Karlsruher Hof“ Bezirksversammlung mit Vortrag des Genossen Ober- lehrer Schäufele. Um zahlreiche Beteiligung wird erlucht.

**Standesbuchauszüge der Stadt Karlsruhe**  
Todesfälle und Beerdigungsseiten. 23. Sept.: Ernst Boche, 66 Jahre, Chemann, alt 33 Jahre, Beerdigung am 26. Sept., 14 Uhr. Wilhelm Wagner, Rottenmeister, 68 Jahre, Beerdigung in Dundenheim am 25. Sept., 11 Uhr. Edwin, alt 24 Jahre, Schüler, Beerdigung in Ludwigsheim, Beerdigung am 25. Sept., 11 Uhr. Adolf, alt 4 Monate, 23 Tage, Vater Herbert Weidmann, Schüler, Beerdigung am 26. Sept., 14 Uhr. Julie Nagel, alt 47 Jahre, Ehefrau von Karl Nagel, Ladefachner, Beerdigung am 26. Sept., 13.30 Uhr.



### Kleine bad. Chronik

#### Schweres Motorradunfall

**K a t t, 24. Sept.** Mittwoch nachmittag ereignete sich zwischen Buchhagen und Neumalsh ein schweres Motorradunfall. Ein mit zwei Personen besetztes Motorrad, das in Richtung Baden-Baden fuhr, kollidierte mit einem aus einem Feldweg herauskommenden Kuhfuhrwerk, das noch vor dem Motorrad die Straße überqueren wollte. Die beiden Motorradfahrer wurden in hohem Bogen über das Fuhrwerk hinweggeschleudert, sie erlitten schwere Verletzungen. Durch den Zusammenprall wurde die Kuh sofort getötet.

#### Selbstmord auf den Schienen

**T i t t e r, 24. Sept.** Gestern nachmittag halb 4 Uhr wurde auf der Bahnlinie Höllebrunn-Tilke eine männliche Person mit abgefahrener Schädeldede aufgefunden. Es handelt sich um den 43-jährigen ledigen technischen Kaufmann **Wolfgang Paul G r o h m a n n** aus Freiburg, gebürtig aus Sassen, der sich vor den Eisenbahnweilen hatte. Die Leiche wurde zur Leichenhalle nach Neustadt verbracht.

**Oberrombach (Amt Bruchal).** Ab 1. Oktober wird eine Postautolinie von Bruchal nach Oberrombach eingerichtet, die unter der Bezeichnung „Oberrombach-Bruchal-Land“ verkehren wird. Die Postaufstellung wird also in Zukunft nicht mehr durch Briefträger per Fahrrad erfolgen.

**Woodsdamer „Karlruhe“** führt billige Mittelmeerreisen aus. Der Norddeutsche Lloyd, Bremen, hat beschlossen, für vier im Frühling 1932 auszuführende besonders billige Vergnügungsreisen nach dem Mittelmeer und Orient den 11 000 Br.-Keg.-Tons großen Doppeldecker-Dampfer „Karlruhe“ bereitzustellen. Zuerst werden unter dem Namen „Karlruhe“ Schnellposten, „Columbus“ (32 565 Br.-Keg.-Tons) eine Orientreise, auf der insgesamt 28 Häfen besucht werden.

#### Susanne Reischer — Hoch klingt das Lied vom braven Mädchen

In der äußersten Nordwestspitze des Kaiserstubs liegt in der Ebene am Rhein das Dorf Sasbach. Vor rund hundert Jahren, am 15. September 1831, vollendete ein Christkind, das zwölfjährige Mädchen **Susanne Reischer**, eine Heldentat, die dem Poem: **Hoch klingt das Lied vom braven Mädchen** ... an die Seite gestellt zu werden verdient. Der Vorgang war folgendermaßen: Zwei Sasbacher Bürger, **Georg Bittich** und **Martin Bittich**, wollten am Nachmittag des 15. September bei stürmischem Wetter und hohem Wasserstand in einem mit Holz beladenen Kahn am eisigen Ufer der über den Rhein nach der badischen Uferseite zurückfahren. Mitten auf dem Strom wurde ihr Boot von einer mächtigen Welle zum Untergang gebracht, doch gelang es den beiden Männern, sich im Wasser an dem Kahn festzuklammern. Unweit der Unglücksstelle befand sich am badischen Ufer die Rheinfähre, in deren Umgegend die zwölfjährige Susanne die Ziegen des Fährwirts hütete. Als das Mädchen die verzweifelten Fährleute sah, um ihr Leben kämpfenden beiden herumlaufend, hörte, sah sie den Entschluß, den beiden beizustehen. Sie hat die Frau des Fährwirts, deren Mann nicht zu Hause war, mit ihr auf einem Boot den beiden Männern entgegenzufahren; die verzagte Frau war dazu aber nicht zu bewegen. Und nun führte Susanne Reischer trotz des Abträtens der Frau das Rettungsboot allein aus. Mit übermenschlicher Anstrengung und mit Ausbleitung aller Kräfte rudert das Mädchen den auf dem Rhein abwärts treibenden zwei Männern entgegen. Jedoch begannen die Kräfte des Kindes nachzulassen und sein Boot droht selbst ein Spielball der Wellen zu werden. Im Augenblick der höchsten Not gelang es dem des Schwimmens ein wenig kundigen Martin Bittich, das Boot des Mädchens zu erreichen und sich hineinzuschwingen. So rief sie möglich rudern sie dem zitternden in Wasser treibenden Mann entgegen und es gelang, auch diesen in das rettende Boot aufzunehmen. Glücklicherweise kamen die drei am badischen Ufer an, beglückwünscht von den von der Frau des Fährwirts herbeigerufenen Dorfbewohnern.

Das totesortstunde Rettungsergebot erregte im Seimatort und weit darüber hinaus gewaltiges Aufsehen. Dem damaligen badischen Großherzog wurde der Susanne Reischer in Anerkennung ihrer preiswürdigen Tat die große goldene Verdienstmedaille verliehen und zugleich eine Belohnung von zweihundert Gulden angewiesen. Das Geld wurde bis zu ihrer Volljährigkeit sinntrogen angelegt, die Zinsen hieraus diente das wadere Mädchen alljährlich nach Belieben zu verwenden.

#### Vorläufige Wettervorhersage der Badischen Landeswetterwarte

Der hohe Druck über England gewinnt noch immer weiter an Mächtigkeit (Barometer über 778 Millimeter), während die polnische Zone, nach Norden vordringend, den kalten Hochdruckkegel senkt. Wir behalten bis auf weiteres die Zufuhr der polaren Kaltluft.

**Wetterausblick für Samstag, 26. September:** Weist wollos und sehr kühl, vereinzelt auch leichte Regenfälle bei nördlichen Winden, Hochdruckwandel bei leichtem Frost seitweiser Schneefälle.

#### Wasserstand des Rheins

Kajel 115, Gef. 13; Waldsbut 302, Gef. 9; Schusterinsel 170, Gef. 10; Kehl 320, Gef. 5; Maxau 499, Gef. 2; Mannheim 410 3tm.

### Sport

#### Fußballvorschau

Beginn der Spiele um die Bezirksmeisterschaft im 3. Bezirk

Endlich ist auch der 3. Fußballbezirk in der alljährlichen Lage, mit den Spielen um die Bezirksmeisterschaft beginnen zu können. Damit erfolgt die letzte Ziehung der Serie 1931. Es war für manchen der heutigen Bezirksmeister eine harte Arbeit, um sich die Teilnahme an den Bezirksmeisterschaften zu sichern. Wenn es auch bei manchen knapp reichte, so kon doch gefast werden, daß sie es alle verdient haben. Am Sonntag ist uns zum erstmaligen Mal Gelegenheit geboten, sämtliche Bewerber um den Bezirksmeistertitel spielen zu sehen. Um eine reichere Durchführung zu ermöglichen, wird in zwei Gruppen gespielt, deren jeweiliger Gruppenmeister das Endspiel bestreitet.

Von den acht Gruppenmeistern sind vier verzeichnet, die wiederum an den Bezirksmeisterschaften teilnehmen. Es sind dies die Vereine Hagsfeld, der außer dem Bezirksmeistertitel, auch schon den Kreismeistertitel inne hatte, noch Dersheim und Ottenhausen. Als Reulinge in diesen Spielen sind es die Vereine Annelingen, Mies, Wolfartsweiler, Röttingen und Weidenheim. Wer von diesen acht genannten Vereinen den ersten Platz einnimmt, wird als Meister bezeichnet, wird sich nun aus der kommenden Meisterschaft erheben.

In der zweiten Gruppe spielen Hagsfeld — Annelingen und Mies — Weidenheim. In der 1. Gruppe Dersheim — Ottenhausen und Wolfartsweiler — Röttingen. Die Spiele beginnen nachmittags 3 Uhr auf den Plätzen der ersten genannten Vereine.

**Privatspiele:** Hagsfeld — Daxlanden, Grünwinkel — Mühlburg, Stantenloch — Durlach, Sulzfeld — Sternfels, Weingarten — Grünweilersbach, Langensteinbach — Reistatt.

**Arbeiter-Rad- und Kraftfahrerbund Solidarität.** Das wegen schlechter Witterung vom 13. ds. Ms. auf den 27. September festgelegte Bezirksauswärtstreffen findet bestimmt statt. Wegen sehr wichtiger Vorkommnisse mit den Ortsgruppenausleitern wird gebeten, daß das Treffen auf möglichst baldigst wird. Alle Genossen sollten keine trüben Gedanken und erscheint mit der Jugend vollständig. Treffpunkt 10 Uhr in Aue.

## Aus dem Gerichtssaal

### Das Gericht ernennt Dank

**Im Karlsruhe, 24. Sept.** Unter Ausschluß der Öffentlichkeit verhandelte das Karlsruher Schöffengericht (Vorstand: Amtsgerichtsdirektor Dr. F. Müller) gegen den 44 Jahre alten verheirateten Müller Georg E. aus Ruppurr, der wegen Sittlichkeitsverbrechens nach § 176 Nr. 3 angeklagt war. Es wird ihm zum Vorwurf gemacht, daß er am 31. Juli ds. Js. in seiner Wuhle in Ruppurr an einem elfjährigen Mädchen unzüchlich verfahren zu haben. Das Schöffengericht verurteilte den Angeklagten, der sich seit dem 2. August ds. Js. in Untersuchungshaft befindet, zu der Mindeststrafe von 6 Monaten Gefängnis unter Anrechnung von einem Monat 14 Tagen der erlittenen Untersuchungshaft. Auf den Antrag der Verteidigung wurde der Satz vor die Frau des Angeklagten auf freien Fuß gesetzt. Darob war die Frau des Angeklagten derart erregt, daß sie in Tränen ausbrach und geriet nachher dem Vorstehenden, den beiden Schöffen, dem Staatsanwalt und zuletzt dem ärztlichen Sachverständigen die Hand drückte und sich bedankte.

### fahrlässiges Autofahren

**Karlsruhe, 23. Sept.** Wegen eines Verkehres gegen das Kraftfahrergesetz und eine Uebertretung der Kraftverkehrsordnung hatte sich der Wilhelm M. aus G. zu verantworten. Er fuhr im September 1930 abends gegen 10 Uhr in Karlsruhe durch die Durlacher Allee. Bei der Rudolfstraße überquerte die Gelente M. die Fahrstraße, die der Angeklagte infolge seines schlechten Lichtes und seiner übermäßigen Geschwindigkeit zu spät erkannte und nicht mehr genügend früh halten konnte. Obwohl die Bremsstöße bis zur Unfallstelle 16 Meter betrug, fuhr der Kraftwagen noch 7 Meter darüber hinaus, kam auf die Schienen der Straßenbahn, wo er dann umfiel. Dies als Beispiel, mit welcher Geschwindigkeit der Wagen angefahren kam. Vor dem Amtsgericht hat sich der Angeklagte deshalb zu verantworten. (Vorstand: Amtsgerichtsrat Dr. Kohler.) Da die Frau sehr schwer verletzt wurde, auch der Mann kleinere Verletzungen davontrug, wurde der Angeklagte im Sinne der Anklage für schuldig befunden und zu 80 M Geldstrafe und den Kosten des Verfahrens verurteilt. Realistisch wird dieser Prozeß nun noch einen zivilrechtlichen Prozeß nach sich ziehen, der immer mit allerhand Kosten verknüpft sein wird.

### Vorfahrtsrecht beachten!

**Bis, Am 2. Mai** dieses Jahres stehen in Grünwinkel Ede Gerber und Wirtlicher Straß ein Personwagen mit einem Motorabfahrer aus Durlach zusammen, wobei der Motorabfahrer G. Rad führte und sich Verletzungen ausog. Der Automobilfahrer G. hatte sich deshalb vor dem Amtsgericht zu verantworten. Der Angeklagte hatte, wie das hiesig geschieht, das Vorfahrtsrecht nicht beachtet, im letzten Augenblick den Motorabfahrer gesehen und denselben dabei noch mit dem einen Kottflügel erwisch, so daß dieser auf Fall kam. Wegen Mißachtung des Vorfahrtsrechts sowie fahrlässiger Körperverletzung wurde der Angeklagte G. zu 50 M Geldstrafe verurteilt. Für ihn war erschwerend, daß er aus der Automobilbranche ist, und daher das Gesetz für Berufsfahrer in Frage kam.

### It für das Schleudern des Wagens der Fahrer verantwortlich?

**Bis, Auf der Landstraße** zwischen Maxau und Annelingen fuhr am 31. Januar 1931 der Diplomingenieur und Fabrikant Dr. Albert B. aus Karlsruhe mit seinem Wagen in der Richtung Annelingen. Als er einem Fuhrwerk ausweichen wollte, wurde er zwei Frauen gewahr, die auf der rechten Seite der Fahrstraße liefen. Im gleichen Augenblick drachte aber auch am hinteren linken Rad der Reifen, so daß der Wagen ins Schleudern kam. Der Wagen bog nun rechts und um, den Wagen wieder aufzufangen, fuhr der Angeklagte sehr stark links herum und lief so Gefahr, auf die beiden Frauen zu stoßen. Diese liefen rasch auf die Seite, dabei kam die Zeugin I. zu Fall und zog sich Verletzungen zu. Der Wagen fuhr in die Böschung und wurde später von einem Fuhrwerk wieder herausgezogen. Die Schuld lag nun darin, daß dem Angeklagten vorgeworfen wurde, daß er durch sein schnelles Fahren diesen Schaden verursacht hat und deshalb nicht die nötige Sorgfalt beachtete. Die beiden Sachverständigen widersprachen sich vollständig. Während Polizeihauptmann Kopp den Reifenschaden als das Schuldige bezeichnete, war Herr Prof. Hans Kuge von der Technischen Hochschule in Karlsruhe der Ansicht, daß durch die Verletzung des Reifens der Wagen schleuderte, von einer Schuld des Fahrers also keine Rede sein könnte. In dem Prozeß wurde ebenfalls festgestellt, ob die Verletzungen durch das Anfahren oder nur durch den Fall der Zeugin I. zustande kamen. Das Gericht war aber der Ansicht, daß der Angeklagte für das Schleudern seines Wagens verantwortlich war, daß er es an der notwendigen Sorgfalt fehlen ließ und er wurde deshalb zu 70 M Geldstrafe und den Kosten, einschließlich derer des Reibeklägers, verurteilt. Durch die Verhandlung sind die wirklichen Vorgänge allerdings nicht festgestellt worden. Auch dieser Prozeß wird eine Zivilsache nach sich ziehen.

## RUND FUNK

**Sonntag, 27. September:** 7 Uhr: Bremer Ostentonzert. 8 Uhr: Gymnastik. 9.30 Uhr: Morgenkonzert. 10 Uhr: Rothol. Morgenkonzert. 10.45 Uhr: Kammermusik. 11.30 Uhr: Ein Lied aus dem „Kollonadenbüchlein“. 12 Uhr: Promenadenkonzert. 13 Uhr: Kleines Kapitel der Zeit. 13.15 Uhr: Schallplatten. 14 Uhr: Volkstheater. 15 Uhr: Studie der Jugend. 15.30 Uhr: Vambergschachspiel. 17.10 Uhr: Radmittagskonzert. 18 Uhr: Das Schloß in Donauwellingen. 19.30 Uhr: Sportbericht. 19.45 Uhr: Bilder- und Wandbildkonzert. 20.30 Uhr: Hochpreisführer. 21 Uhr: Die Waffäre. 2. August. 22.15 Uhr: Sportbericht. 22.25 Uhr: Unterhaltungskonzert.

**Montag, 28. September:** 5.55 Uhr: Gymnastik. 10, 12.35 und 13.30 Uhr: Schallplatten. 16 Uhr: Vortrag: Elfe Reger, die Geschichte eines großen Mannes. 16.30 Uhr: Blumenkunde. 17.05 Uhr: Radmittagskonzert. 18.40 Uhr: Vortrag: An den deutschen Kriegsheldern in Frankreich. 19.45 Uhr: Wiener Volksmusik III. 20.30 Uhr: Sozialismus und moderne Medizin. 21 Uhr: Rongeri. 22.15 Uhr: Sportbericht.

**Dienstag, 29. September:** 5.55 Uhr: Gymnastik. 10, 12.35 und 13.30 Uhr: Schallplatten. 16.30 Uhr: Frauenkunde. 17.05 Uhr: Radmittagskonzert. 18.40 Uhr: Vortrag: Döckhonen und Geistesleben in Kultur. 19.05 Uhr: Vortrag: Deutsche Dichtung in Frankreich. 19.45 Uhr: Volksständisches Konzert. 20.30 Uhr: Deutsche Humoresken. 21 Uhr: Substantiv- und Verbalformen. 22.15 Uhr: Tanzmusik.

**Mittwoch, 30. September:** 5.55 Uhr: Gymnastik. 10, 12.35 und 13.30 Uhr: Schallplatten. 16 Uhr: Märchenkunde. 17.05 Uhr: Operettenkonzert. 18.40 Uhr: Vortrag: Zur Reiseroute in Südamerika. 19.45 Uhr: Unterhaltungskonzert. 20.15 Uhr: Renge und Rens. 21.45 Uhr: Unterhaltungskonzert.

**Donnerstag, 1. Oktober:** 5.55 Uhr: Gymnastik. 10, 12.35 und 13.30 Uhr: Schallplatten. 15.30 Uhr: Stunde der Jugend. 16.30 Uhr: Was dem Deutschen in England auffällt. 17.05 Uhr: Radmittagskonzert. 18.40 Uhr: Vortrag: Rieger. 19.05 Uhr: Lohn- und Gehaltsabbau. 19.45 Uhr: Unterhaltungskonzert. 20.15 Uhr: Volkstheater. 20.45 Uhr: Konzert. 22.15 Uhr: Tanzmusik.

**Freitag, 2. Oktober:** 5.55 Uhr: Gymnastik. 10, 12.35 und 13.30 Uhr: Schallplatten. 16.30 Uhr: Ein Hausgärtchen wie es sein soll. 17.05 Uhr: Radmittagskonzert. 18.40 Uhr: Die Oberdeutscher Musikfestspiele. 19.05 Uhr: Vortrag: Ueber die Urzeiten, schlesischen Wanderer. 19.45 Uhr: Hochpreisführer. 20.30 Uhr: Neue Formwelt. 21.30 Uhr: Gel uns zu Lande. 22.30 Uhr: Sportbericht. 23.30 Uhr: Tanzmusik.

**Sonntag, 3. Oktober:** 5.55 Uhr: Gymnastik. 10, 12.35 und 13.30 Uhr: Schallplatten. 15 Uhr: Rinderfingeln. 16 Uhr: Schallplatten. 17.05 Uhr:

### Amtsunterschlagung

**Im Karlsruhe, 23. Sept.** Vor dem Karlsruher Schöffengericht (Vorstand: Amtsgerichtsdirektor Straub) hatte sich der 31 Jahre alte frühere Bahnhafner Karl S. aus Durmersheim wegen Amtsuntererschlagung zu verantworten. Wie der Angeklagte angibt, hat er in der Zeit von Februar 1930 bis Februar dieses Jahres in Karlsruhe und Durmersheim als Schaffner der städtischen Kleinbahn Karlsruhe-Durmersheim mindestens 280 M, die er für die Ausgabe von Fahrkarten vereinnahmt hatte, für sich behalten und bei der monatlichen Abrechnung lediglich jowiel Fahrkarten als verausacht eingetragen, als er noch Geld bei sich hatte, wodurch er die beanagten Unterschlagungen zu verheimlichen suchte. Der Angeklagte gibt an, er sei sechs Wochen verheiratet gewesen, dann sei ihm seine Frau davonlaufen, angeblich weil er ihr nicht sein ganzes Monatsgehalt von 186 M abliefern. Erster Staatsanwalt Dr. Weis beantragte gegen den Angeklagten im Sinne der Anklage die Mindeststrafe von sechs Monaten. Dessen Antrag entsprechend erkannte das Schöffengericht wegen erschwerter Amtsuntererschlagung im Sinne der §§ 350 und 351 unter Zuhilfenahme mildernder Umstände auf sechs Monate Gefängnis.

### Zuchthaus wegen Unterschlagung und Urkundensfälschung im Amt

**Im Karlsruhe, 23. Sept.** Wegen Unterschlagung und Urkundensfälschung im Amte stand der 30 Jahre alte verheiratete Postausbesser Rudolf K. aus Karlsruhe-Kirchheim vor dem Schöffengericht (Vorstand: Amtsgerichtsdirektor Straub). Der Angeklagte, der bislang unbefreit ist, hatte in Kirchheim am 4. August einen Postauftrag in Höhe von 67 M, einen solchen von 55 M, am 5. August eine Nachnahme in Höhe von 60 M und am 6. August einen Nachnahmebrief in Höhe von 37 M eingegeben und das Geld zur Abdeckung vorausgegangener Schiebungen für sich verbraucht. Ferner hat er in der Zeit vom 8. November bis 11. August 1931 eine Zahlungsanweisung in Höhe von rund 170 M, welche Summe er vom Vertreter des Postagenten zur Auszahlung erhalten hatte, nicht zur Auszahlung gebracht, vielmehr das Geld für sich behalten und die Unterfertigung der Empfängerin auf der Quittung gefälscht. Der Angeklagte gab an, daß er Schuldenverpflichtungen hatte, und auch seine Verbindlichkeiten zu bezahlen, fremde Darlehen aufzunehmen hatte. Der Vorsitzende hielt ihm vor, daß er bei seinem Einkommen von 175 M monatlich bei entsprechender Sparsamkeit wohl hätte durchkommen können, wenn er nicht ein erfrähter Besucher von Wirtschaftern gewesen wäre. Er habe als Beamter eine Urkunde gefälscht. Darauf stehe nach dem Gesetz Zuchthaus. Staatsanwalt Herz räumte ein, daß die Strafe, die das Gesetz vorschreibe, wohl hart sei, aber es sei nicht Sache des Gerichts, das Gesetz zu kritisieren. Er beantragte die Mindeststrafe von einem Jahre Zuchthaus. Gleichzeitig beantragte er die Erlassung eines Haftbefehls. Das Schöffengericht verurteilte K. im Sinne der Anklage zu einem Jahre Zuchthaus und 200 M Geldstrafe. Wegen Fluchtverdachts wurde der Angeklagte in Haft genommen.

### Die Rechnung ohne den Wirt gemacht

**Im Karlsruhe, 23. Sept.** Wegen Diebstahl und Betrug im Rückfall verurteilte das Schöffengericht den 30 Jahre alten geschiedenen Dreher Emil Sch. von hier, der schon wiederholt vorbestraft ist, zu sieben Monaten Gefängnis. Sich dem Anscheine eines zahlungsunfähigen Gastes gehend, suchte er am 2. August in Karlsruhe in Gesellschaft zweier Mädchen, die ihn für einen noblen Kavalleristen hielten, eine Wirtschaft auf, wo er, nachdem er eine Zeche von über 4 M gemacht hatte, ohne zu bezahlen verschwand. Am 15. August stahl er ein vor der Eisenbahnstation in der Schwarzwaldbahn stehendes Fahrrad, das er alsbald verfilberte.

### Mißbrauch mit dem Namen des Vaters

**Im Karlsruhe, 23. Sept.** Vor dem Karlsruher Schöffengericht (Vorstand: Amtsgerichtsdirektor Dr. F. Müller) stand heute der schon mehrfach, zuletzt mit drei Jahren Zuchthaus vorbestrafte 34 Jahre alte Schlosser Eugen B. aus Grünwinkel unter der Anklage wegen Betrug und erschwerter Urkundensfälschung. Der Angeklagte hatte am 31. August die Ehefrau eines Uhrmachers in der Rheinstraße dadurch bestimmt, ihm eine goldene Armbanduhr im Werte von 50 M zu übergeben, daß er ihr einen Scheck auf die Rheinische Kreditbank übergab; dieser Scheck war dem Scheckbuch seines Vaters entnommen und mit dessen Namen ohne sein Wissen im Postamt unterschrieben. Die Uhr hat der Angeklagte, gleich darauf weiterveräußert. Am 26. August ließ er sich einen Gürtelmantel und Herrenanzug im Werte von 147 M auf Kredit verkaufen, wobei er unberechtigterweise die Rententarte seines Vaters als Sicherheit ausbündigte und den Kaufvertrag mit dem Namen seines Vaters unterschrieb. Des weitern schickte er in eine Wirtschaft eine Geschäftskarte seines Vaters mit der angeblichen Bestätigung seines Vaters auf einen Liter Wein und ein Schweinerippchen, wodurch er den Anschein erweckte, als würde sein Vater für die Bezahlung aufkommen. Das Gericht folgte dem Strafantrag des Anklagevertreters und sprach eine Gefängnisstrafe von drei Monaten aus.

### Literatur

Alle an dieser Stelle beschriebenen und angeführten Bücher und Zeitschriften können von unserer Verlagsbuchhandlung bezogen werden.

**Erwerbslosenbildung.** Je höher die Not der Erwerbslosen steigt, desto dringender wird für Partei und Gewerkschaften die Aufgabe, sich der erwerbslosen Genossen nicht nur in materieller, sondern auch in geistig-leistlicher Hinsicht anzunehmen. Praktische Vorschläge für diese Aktion bringt das soeben erschienene Septemberheft der „Sozialistischen Bildung“. In zwei Aufsätzen von H. Frister und H. Bernstein werden an Hand der praktischen Erfahrungen in Thüringen und Berlin Mittel und Wege gewiesen, um der Aufgabe der geistig-leistlichen Betreuung der Erwerbslosen gerecht zu werden. — In demselben Heft gibt H. Schulz anlässlich der Anfang Oktober stattfindenden Jubiläumstagung des Reichsausschusses einen Rückblick auf die letzte 25 Jahre der Parteibildungsarbeit. Interessantes geschichtliches Material liefert der Aufsatz von Karl Kautsky „Vierzig Jahre Ernter Programm“, der gleichzeitig einen Querschnitt durch die Entwicklung der deutschen Sozialdemokratie seit dem Fall des Sozialkaiserreiches bis in die Gegenwart zieht. — Die monatlich erscheinende „Sozialistische Bildung“ ist zum Preise von 1.50 M für ein Vierteljahr durch die Post oder den Verlag S. W. Dieck, Berlin SW. 68, Lindenstraße 3, zu beziehen. Einzelnummern kosten 75 Pf. Der Reichsausschub für Sozialistische Bildungsarbeit, Berlin SW. 68, Lindenstraße 3, stellt Probenummern gern zur Verfügung.

### Vereinsanzeiger

**Karlsruhe**  
Naturfreunde. Deute 20 Uhr Monatsversammlung im Volksbau.  
M.R. Solidarität, Ortsgruppe. Sonntag, 27. Sept., 9.30 Uhr, Abfahrt am Kriegerdenkmal, Jugendtreffen in Aue 5. D.  
Volkshochschule. Samstag, 26. September, 20 Uhr, wichtige Vorstandssitzung im Volksbau.  
7100



**95** Dfg.

**Angebote**  
in allen Abteilungen!

**Schmoller**

**KAMMER**  
LICHTSPIELE

Direktion: A. W. Schwarze

Wir bringen ab heute den  
**tönenden Großfilm**

**Der Kapitän der Garde**

Das Lied der Freiheit  
mit **Laura la Plante**  
**John Boles**

Fabelhafte Ausstattung 7058  
Massenszene, herrliche Duette

2. Die liebreizende  
**Lien Deiers**

in dem Groß-Lustspiel  
**Der Nächste-bitte**

**Ufa-Woche, Lehrfilm**

Anfang 3 Uhr. Letzte Vorstellung 9 3 Uhr

**Badisches**  
Landestheater

Freitag, 25. Sept.

(Freitagmiete)  
Th.-Gem. 701-800  
Zum ersten Mal:  
**Tempo über**  
**Hundert.**

Von Franz Cammermeyer

Regie: v. d. Erant  
Mitwirkende: Erwin  
Krauß, Doris Gebelien,  
Bäumig, Zebien,  
Grimme, Hüder,  
Kienker, Luther,  
Rehner, Brüder,  
Corlaup, Fahr,  
H. Müller, Seibert.

Anfang 20 Uhr  
Ende nach 22.00 Uhr  
Streife A (0.67) - 3.50 Mk.

Zu 20 9 im weißen  
Köhl. So. 27. 9. Unte-  
rleitung des Kom-  
mannen: Die Frau vom  
Schloß. Im Konzert-  
haus: Zum ersten Mal.  
Frauen haben das sein.

Warte Bettelle mit  
Vater u. Mutter u. laut  
gel. Offert um Str. 7060  
an den Volksfreund.

**Die**  
**Handarbeits-**  
**Ausstellung**  
1931

bietet einen Ueberblick über die  
mannigfaltigen Möglichkeiten  
und Schönheiten weiblicher  
Handarbeit. Die Ausstellung  
beginnt heute Freitag,  
den 25. September. Wir  
laden Sie hierzu höflichst ein.

**Burchard**

**Union-Theater**  
Kaiserstraße 211 Telefon 7868

Ab heute in Erstaufführung  
**Der große Sittentoni**  
erst verboten,  
dann freigegeben und prämiert.

**Kinder vor Gericht**

Der kriminelle Sexualbericht einer  
Minderjährigen.

Eine Parallele zum Falle Gertud  
Frenzel. Die internationale Frauen-  
liga für Frieden und Freiheit hat das  
Protektorat für diesen Film über-  
nommen. Ein Film, den Jedes ge-  
sehen haben muß, weil er Jedes  
angeht.

**Buntes Beiprogramm**

Beginn 3, 5, 7, 9 Uhr  
Für Jugendliche verboten!

Samstag, den 26. d. Mts., nachmittags  
3 30 Uhr und Sonntag, den 27. d. Mts.,  
vormittags 11 Uhr

**große Micky-Maus-**  
**Kinder-Vorstellungen**

Eintrittspreise 40, 60, 80 Pfg. u. Mk. 1.-

Flotte

**Damenhüte**

**Fr. Hanselmann**  
Kriegsstr. 3a 7093

Umarbeiten nach neuesten Modellen

**Gelchäftseröffnung!**

Die Verkaufsstelle Karlsruhe der  
Großschlachtere Nusslag ist im Hause  
**Kreuzstraße 27** eröffnet und bietet  
diese dem verehrlichen Publikum bis-  
her nie gebotene Einkaufsvorteile.  
Wir bringen morgen zum Verkauf:

la. rot. Schwartenmagen 1/4 Stk 12 5  
la. weiß. Schwartenmagen 1/4 Stk 13 5  
Hausm.-Leber- u. Blutw. 1/4 Stk 16 5  
Fleischwurst . . . . . 1/4 Stk 18 5  
Knackwurst . . . . . 1/4 Stk 21 5  
Wienerwürstchen . . . . . 1/4 Stk 28 5  
Bierwurst . . . . . 1/4 Stk 33 5  
Schweineschmalz, mit la.  
Speiseöl ausgelassen 1/4 Stk 9 5  
Schweinefleisch z. Braten 1 98 5  
Schweinekotelette . . . . . 1 08 5  
Rindfleisch zum Kochen u.  
Braten . . . . . 1 88 5

Um geneigten Zuspruch bittet  
**Groß Schlächtere Nusslag**  
Verkaufsstelle Karlsruhe i. B.  
Kreuzstr. 27, b. alten Bahnhof  
im Hause Bäckerei Reiff 7073

**St. Jakobs-Balsam**  
„Echter“ zu Mk. 3.- 1741

von Apoth. C. Trautmann, Basel. Haus  
mittel ersten Ranges für alle wunden  
Stellen, Krampfadern, offene Beine, Brand  
hautleiden, Pflaumen, Wolf, Frostbeulen,  
Sonnbrand, Nachschmerzen aus-  
weisen. In den Apotheken zu haben.

Beginne kommende  
Woche mit der Zufuhr von

**Einlege-**  
**Kartoffeln**

Bestellungen nehmen  
meine sämtl. Filialen so-  
wie mein Büro, Zähringer-  
straße 44, (Tel. 392) jetzt  
schon, zum jeweiligen  
Tagespreis, entgegen.

**BUCHERER**  
Telephon 392

Die große  
**Herbst-Veranstaltung:**

**Textil-Markt**

Hermann  
**TIETZ**  
Karlsruhe

Hochqualitäts-Leistungen  
zu  
niedrigen Preisen!

**Die Volksbühne**  
ermöglicht den wirtschaftlich Schwachen  
den Besuch des

**Landestheaters**  
Der Monatsbeitrag ist wieder ermäßigt  
worden auf nur noch

**Eine Mark 55 Pfg.**

Für jeden Monatsbeitrag eine Vorstel-  
lung und zwar:

**8 Schauspiele, 3 Opern, 1 Operette**

Die ermäßigte Aufnahmegebühr be-  
trägt nur noch

**Dreißig Pfennige**

Eintritt jederzeit! Alles Nähere bei den  
Vertrauensleuten in den Betrieben und  
in der Geschäftsstelle, Erbprinzenstr. 31,  
2. Stock, tagl. 17-19, Samstags 11-1 Uhr

Bei Ihren Einkäufen berücksichtigen Sie diese Zeitung!

Verlagsdruckerei Volksfreund GmbH  
Karlsruhe, Waldstr. 28, Tel. 7020/21  
liefert schnell, sauber und preiswert

**Programme**

**GAGGENAU IM MURGTAL**  
Wörishoten in Baden

Kneipp'sche Wasserkurort und physikalische  
Therapie, Waldsee, Luft- und Sonnenbad sowie  
Wassertretstelle für Kneippplaner, verbunden mit  
Sportplätzen und Tennisplätzen inmitten von staub-  
freiem Wiesengelände und gutgepflegten Wäldern.  
Bevorzugter Aufenthalt für Wanderer, Wochen-  
endler, Kur- u. Feriengäste. Pensionspreis 3-50 Mk.

Keine Kurtaxe Auskunft Verkehrsverein

**Resi**

Heute letzter Tag: **Geheimdienst**  
Morgen: **Saltarello?**

**Volkshaus** **1 Büfett**  
gebraucht, poliert.  
RM. 85.-

Sonntag  
**KONZERT**  
**Kapelle**  
**Strübel**

Keinen Aufschlag!  
Es ladet freundl. ein

**H. Korr und Frau**  
Telefon 7639. 13336

**Fleischverkauf**  
am Samstag, 26. Septemb., morgen  
8 Uhr ab  
**Fleisch Pfd. 70 Pfennig**  
Molkerei K. Schramm, Hardstraße 10 7095

**Pfannkuch**

ob Mittag- oder Abendessen  
alles bei Pfannkuch

**Wurst und Pikantes:**

Blutwurst . . . . . 1/4 Stk 20 5  
Mettwurst klein . . . . . Stk 20 5  
Mettwurst groß . . . . . Stk 40 5  
Delikat-Sülze . . . . . 1/4 Stk 13 5  
Schweinskopf, Gel. . . . . 1/4 Stk 25 5  
Krakauer extra . . . . . 1/4 Stk 26 5  
Ochsenmausalat, Dose 40 5  
Rauchfleisch . . . . . 1/4 Stk 35 5  
mit durchwachsen

Frankfurter  
Delikat-Wurst, 3 Paar 45 5

**KÄSE**

Schweizer, sautig . . . . . 1/4 Stk 36 5  
Münster, vollfett . . . . . 1/4 Stk 28 5  
Tilsiter, vollfett . . . . . 1/4 Stk 25 5  
Bayr. Camembert . . . . . 1/4 Stk 88 5  
Hirsberg 3 Schachteln 50 5

Aus eigener Fabrikation

Sauerkraut Weingürz Pfd. 12 5  
Salzgurken 3 Stk 10 5

Probieren Sie bitte:  
Rotwein offen vom 60 5  
aus d. Lager: Unstein Dürkheim

**Pfannkuch**  
Pfannkuch-Waren helfen sparen  
**5% Rabatt**